OÖ. LANDESVERWALTUNGSGERICHT

4021 Linz / Volksgartenstraße 14
Telefon: +43 732 7075-18004
Fax: +43 732 7075-218018
E-Mail: post@lvwg-ooe.gv.at / www.lvwg-ooe.gv.at

Geschäftszeichen: LVwG-303711/12/KLe/TO

Datum: Linz, 23. September 2024

I M N A M E N D E R R E P U B L I K

V IMENU REPUBLIKE

Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich erkennt durch seine Richterin Mag. Lederer über die Beschwerde von A__, B-Strasse, Slowenien, gegen das Straferkenntnis der Bezirkshauptmannschaft Freistadt, vom 19.12.2023, GZ: BHFR/923060009172/23, wegen Übertretungen nach dem Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG) nach Durchführung einer öffentlichen mündlichen Verhandlung am 12.06.2024

Deželno upravno sodišče Zgornje Avstrije po sodniku Mag. Ledererju odloča o pritožbi A__, B-Strasse Slovenija, zoper kazensko odločbo Okrajnega urada Freistadt z dne 19. decembra 2023, opr. št. BHFR/923060009172/23, zaradi kršitev po Zakonu o preprečevanju plačilnega in socialnega dampinga (LSD-BG) po opravljeni javni obravnavi 12. junija 2024

zu Recht:

in upravičeno:

I. Der Beschwerde wird insofern stattgegeben als der Ausspruch betreffend die Ersatzfreiheitsstrafen zu entfallen hat.

I. Pritožbi se ugodi v delu, v katerem se odpravi odločba o alternativnih zapornih kaznih.

II. Die beschwerdeführende Partei hat keinen Beitrag zu den Kosten des Beschwerdeverfahrens zu leisten.

II. Stranki, ki je vložila pritožbo, ni treba prispevati k stroškom pritožbenega postopka.

III. Gegen diese Entscheidung ist eine Revision unzulässig.

IV. Pritožba zoper to odločbo ni dopustna.

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e

I. Verfahrensgang:
Die Bezirkshauptmannschaft Freistadt hat am 19.12.2023, GZ: BHFR/923060009172/23, wegen Übertretungen des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes (LSD-BG), folgenden Spruch erlassen:

I. Potek postopka:
Okrajni organ v Freistadtu je 19. decembra 2023 izdal naslednjo odločbo, GZ: BHFR/923060009172/23, zaradi kršitev Zakona o preprečevanju plačilnega in socialnega dampinga (LSD-BG):

„1. Datum/Zeit der Kontrolle: 25.04.2023, 09:10 Uhr
Ort der Kontrolle: C__, D-Strasse, E__

Sie haben es als zur Vertretung nach außen Berufener der Firma F__ in G-Strasse, diese ist Arbeitgeber, zu verantworten, dass folgender Arbeitnehmer beschäftigt wurde und die Meldung der Entsendung über die Arbeitsaufnahme dieser Person vor der jeweiligen Arbeitsaufnahme der Zentralen Koordinationsstelle (ZKO) nicht rechtzeitig vor der Arbeitsaufnahme erstattet wurde, obwohl eine Verwaltungsübertretung begeht, wer als Arbeitgeber oder Überlasser im Sinne des § 19 Abs. 1 die Meldung entgegen § 19 nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erstattet.

Sie haben die Meldung der Entsendung für folgenden Arbeitnehmer am 24.04.2023 um 08:38 und somit nicht rechtzeitig vor der Arbeitsaufnahme erstattet:
Arbeitnehmer: H__, geb.: tt.mm.jjjj,
Staatsangehörigkeit: RUMÄNIEN
Tätigkeit: lt. ZKO3-Meldung und Dienstzettel: montaža/Monteur; lt. Personenblatt: Dulgher/Tischler
Arbeitsantritt: 24.04.2023, 08:00 Uhr

2. Datum/Zeit der Kontrolle: 25.04.2023, 09:10 Uhr
Ort der Kontrolle: C__, D-Strasse, E__

Sie haben es als zur Vertretung nach außen Berufener der Firma F__ in G-Strasse, diese ist Arbeitgeber, zu verantworten, dass folgender Arbeitnehmer beschäftigt wurde und die Meldung der Entsendung über die Arbeitsaufnahme dieser Person vor der jeweiligen Arbeitsaufnahme der Zentralen Koordinationsstelle (ZKO) nicht rechtzeitig vor der Arbeitsaufnahme erstattet wurde, obwohl eine Verwaltungsübertretung begeht, wer als Arbeitgeber oder Überlasser im Sinne des § 19 Abs. 1 die Meldung entgegen § 19 nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erstattet.
Sie haben die Meldung der Entsendung für folgenden Arbeitnehmer am 24.04.2023 um 08:38 und somit nicht rechtzeitig vor der Arbeitsaufnahme erstattet:
Arbeitnehmer: I__, geb.: tt.mm.jjjj,
Staatsangehörigkeit: RUMÄNIEN

Tätigkeit: lt. ZKO3-Meldung und Dienstzettel: montaža/Monteur; lt. Personenblatt: Dulgher/Tischler
Arbeitsantritt: 24.04.2023, 08:00 Uhr

3. Datum/Zeit der Kontrolle: 25.04.2023, 09:10 Uhr
Ort der Kontrolle: C__, D-Strasse, E__

Sie haben es als zur Vertretung nach außen Berufener der Firma F__ in G-Strasse, diese ist Arbeitgeber, zu verantworten, dass folgende Arbeitnehmerin beschäftigt wurde und die Meldung der Entsendung über die Arbeitsaufnahme dieser Person vor der jeweiligen Arbeitsaufnahme der Zentralen Koordinationsstelle (ZKO) nicht rechtzeitig vor der Arbeitsaufnahme erstattet wurde, obwohl eine Verwaltungsübertretung begeht, wer als Arbeitgeber oder Überlasser im Sinne des § 19 Abs. 1 die Meldung entgegen § 19 nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erstattet.
Sie haben die Meldung der Entsendung für folgende Arbeitnehmerin am 24.04.2023 um 08:38 und somit nicht rechtzeitig vor der Arbeitsaufnahme erstattet:
Arbeitnehmerin: J__, geb.: tt.mm.jjjj,
Staatsangehörigkeit: RUMÄNIEN
Tätigkeit: lt. ZKO3-Meldung: ltpomožna dela/Hilfsarbeiterin; lt. Dienstzettel: Monteurin
(Hilfsarbeiterin); lt. Personenblatt: Necalificat/keine Ausbildung
Arbeitsantritt: 24.04.2023, 08:00 Uhr

4. Datum/Zeit der Kontrolle: 25.04.2023, 09:10 Uhr
Ort der Kontrolle: C__, D-Strasse, E__

Sie haben es als zur Vertretung nach außen Berufener der Firma F__ in G-Strasse, diese ist Arbeitgeber, zu verantworten, dass folgender Arbeitnehmer beschäftigt wurde und die Meldung der Entsendung über die Arbeitsaufnahme dieser Person vor der jeweiligen Arbeitsaufnahme der Zentralen Koordinationsstelle (ZKO) nicht rechtzeitig vor der Arbeitsaufnahme erstattet wurde, obwohl eine Verwaltungsübertretung begeht, wer als Arbeitgeber oder Überlasser im Sinne des § 19 Abs. 1 die Meldung entgegen § 19 nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erstattet.
Sie haben die Meldung der Entsendung für folgenden Arbeitnehmer am 24.04.2023 um 08:38 und somit nicht rechtzeitig vor der Arbeitsaufnahme erstattet:
Arbeitnehmer: K__, geb.: tt.mm.jjjj,
Staatsangehörigkeit: RUMÄNIEN
Tätigkeit: lt. ZKO3-Meldung und Dienstzettel: montaža/Monteur (Einstufung als Zimmerer mit oder ohne LAP/angelernter Arbeiter); lt. Personenblatt: Dulgher/Tischler
Arbeitsantritt: 24.04.2023, 08:00 Uhr

5. Datum/Zeit der Kontrolle: 25.04.2023, 09:10 Uhr
Ort der Kontrolle: C__, D-Strasse, E__

Sie haben es als zur Vertretung nach außen Berufener der Firma F__ in G-Strasse, diese ist Arbeitgeber, zu verantworten, dass folgender Arbeitnehmer beschäftigt wurde und die Meldung der Entsendung über die Arbeitsaufnahme dieser Person vor der jeweiligen Arbeitsaufnahme der Zentralen Koordinationsstelle (ZKO) nicht rechtzeitig vor der

Arbeitsaufnahme erstattet wurde, obwohl eine Verwaltungsübertretung begeht, wer als Arbeitgeber oder Überlasser im Sinne des § 19 Abs. 1 die Meldung entgegen § 19 nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erstattet.
Sie haben für folgenden Arbeitnehmer keine Meldung der Entsendung erstattet:
Arbeitnehmer: L__, geb.: tt.mm.jjjj,
Staatsangehörigkeit: RUMÄNIEN
Tätigkeit: lt. Personenblatt: Muncitor/Arbeiter
Arbeitsantritt: 24.04.2023, 08:00 Uhr

6. Datum/Zeit der Kontrolle: 25.04.2023, 09:10 Uhr
Ort der Kontrolle: C__, D-Strasse, E__

Sie haben es als zur Vertretung nach außen Berufener der Firma F__ in G-Strasse, zu verantworten, dass folgender Arbeitnehmer beschäftigt wurde und die Meldung über die Entsendung bei den Angaben über die Arbeitsaufnahme dieser Person nicht vollständige Angaben der Zentralen Koordinationsstelle (ZKO) erstattet wurde, obwohl eine Verwaltungsübertretung begeht, wer als Arbeitgeber oder Überlasser im Sinne des § 19 Abs. 1 die Meldung oder die Meldung über nachträgliche Änderungen bei den Angaben (Änderungsmeldung) entgegen § 19 nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erstattet.
Die Meldung nach Abs. 1 hat für jede Entsendung gesondert zu erfolgen und hat folgende Angaben zu enthalten; nachträgliche Änderungen bei den Angaben sind unverzüglich zu melden:

1. Name, Anschrift und Gewerbeberechtigung oder Unternehmensgegenstand des Arbeitgebers im Sinne des Abs. 1, Umsatzsteueridentifikationsnummer,
2. Name und Anschrift der zur Vertretung nach außen Berufenen des Arbeitgebers,
3. Name und Anschrift der Ansprechperson nach § 23 aus dem Kreis der nach Österreich entsandten Arbeitnehmer oder der in Österreich niedergelassenen zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugten Personen (§ 21 Abs. 2 Z 4)
4. Name und Anschrift des Auftraggebers (Generalunternehmers),
5. die Namen, Anschriften, Geburtsdaten, Sozialversicherungsnummern und zuständigen Sozialversicherungsträger sowie die Staatsangehörigkeit der nach Österreich entsandten Arbeitnehmer,
6. Zeitraum der Entsendung insgesamt sowie Beginn und voraussichtliche Dauer der Beschäftigung der einzelnen Arbeitnehmer in Österreich, Dauer und Lage der vereinbarten Normalarbeitszeit der einzelnen Arbeitnehmer,
7. die Höhe des dem einzelnen Arbeitnehmer nach den österreichischen Rechtsvorschriften gebührenden Entgelts und Beginn des Arbeitsverhältnisses beim Arbeitgeber,
8. Ort (genaue Anschrift) der Beschäftigung in Österreich (auch andere Einsatzorte in Österreich),
9. in den Fällen des § 21 Abs. 2 Angabe der Person (genaue Anschrift) oder der Zweigniederlassung (genaue Anschrift), bei der die Melde-, Sozialversicherungs- und Lohnunterlagen bereitgehalten werden,
10. die Art der Tätigkeit und Verwendung des Arbeitnehmers unter Berücksichtigung des maßgeblichen österreichischen Kollektivvertrages,
11. sofern für die Beschäftigung der entsandten Arbeitnehmer im Sitzstaat des Arbeitgebers eine behördliche Genehmigung erforderlich ist, jeweils die

ausstellende Behörde sowie die Geschäftszahl, das Ausstellungsdatum und die Geltungsdauer oder eine Abschrift der Genehmigung,

12. sofern die entsandten Arbeitnehmer im Sitzstaat des Arbeitgebers eine Aufenthaltsgenehmigung benötigen, jeweils die ausstellende Behörde sowie die Geschäftszahl, das Ausstellungsdatum und die Geltungsdauer oder eine Abschrift der Genehmigung.

Folgende Angaben waren in der Meldung nicht vollständig:
Punkte 5, 6, 7 und 10. Der genannte Arbeitgeber wurde in der Meldung nach Abs 1 nur als Ansprechperson gemäß § 23 LSD-BG angeführt, nicht aber als nach Österreich entsandter Arbeitnehmer.

Arbeitnehmer: M__, geb.: tt.mm.jjjj, Staatsangehörigkeit: RUMÄNIEN
Tätigkeit: lt. Personenblatt: Ingenieur, lt. Niederschrift: Bauleitung vor Ort (Kontrolle und Überwachung)
Arbeitsantritt: 24.04.2023 08:00 Uhr

7. Datum/Zeit der Kontrolle: 25.04.2023, 09:10 Uhr
Ort der Kontrolle: C__, D-Strasse, E__

Sie haben es als zur Vertretung nach außen Berufener der Firma F__ mit Sitz in G-Strasse, SLOWENIEN, diese ist Arbeitgeberin mit Sitz in einem EU- Mitgliedstaat oder EWR-Staat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft, zu verantworten, dass unten angeführte Unterlagen im Inland während des Entsendezeitraums nicht bereitgehalten und auch vor Ort nicht unmittelbar in elektronischer Form zugänglich gemacht wurden, obwohl eine Verwaltungsübertretung begeht, wer die erforderlichen Unterlagen entgegen § 21 Abs. 1 oder Abs. 2 nicht bereithält oder dem Amt für Betrugsbekämpfung oder der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse vor Ort nicht unmittelbar in elektronischer Form zugänglich macht.
Gem. § 21 Abs. 1 sind folgende Unterlagen bereitzuhalten:
1. Unterlagen über die Anmeldung des Arbeitnehmers zur Sozialversicherung (Sozialversicherungsdokument E 101 nach der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71, oder Sozialversicherungsdokument A 1 nach der Verordnung (EG) Nr. 883/04 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit), sofern für den entsandten Arbeitnehmer in Österreich keine Sozialversicherungspflicht besteht; kann der Arbeitgeber zum Zeitpunkt der Erhebung durch Nachweise in deutscher oder englischer Sprache belegen, dass ihm die Erwirkung der Ausstellung dieser Dokumente durch den zuständigen Sozialversicherungsträger vor der Entsendung nicht möglich war, sind gleichwertige Unterlagen in deutscher oder englischer Sprache (Antrag auf Ausstellung des Sozialversicherungsdokuments E 101 oder A 1 und Dokumente, aus denen sich ergibt, dass der Arbeitnehmer für die Dauer der Entsendung der ausländischen Sozialversicherung unterliegt) bereitzuhalten;
2. die Meldung gemäß § 19;
3. die behördliche Genehmigung der Beschäftigung der entsandten Arbeitnehmer im Sitzstaat des Arbeitgebers gemäß § 19 Abs. 3 Z 11 oder Abs. 7 Z 8, sofern eine solche erforderlich ist.
Folgende Unterlagen wurden nicht am Arbeits(Einsatz)ort im Inland bereitgehalten oder zugänglich gemacht:

SV-Dokument E101/A1, Meldeunterlagen, behördliche Genehmigung
Arbeitnehmer: L__, geb.: tt.mm.jjjj,
Staatsangehörigkeit: RUMÄNIEN
Tätigkeit: lt. Personenblatt: Muncitor/Arbeiter
Arbeitsantritt: 24.04.2023, 08:00 Uhr
Arbeits(Einsatz)ort und Kontrollzeit: C__, 25.04.2023, 09:10 Uhr

8. Datum/Zeit der Kontrolle: 25.04.2023, 09:10 Uhr
Ort der Kontrolle: C__, D-Strasse, E__

Sie haben es als zur Vertretung nach außen Berufener der Firma F__ mit Sitz in G-Strasse, SLOWENIEN, diese ist Arbeitgeberin mit Sitz in einem EU- Mitgliedstaat oder EWR-Staat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft, zu verantworten, dass unten angeführte Unterlagen im Inland während des Entsendezeitraums nicht bereitgehalten und auch vor Ort nicht unmittelbar in elektronischer Form zugänglich gemacht wurden, obwohl eine Verwaltungsübertretung begeht, wer die erforderlichen Unterlagen entgegen § 21 Abs. 1 oder Abs. 2 nicht bereithält oder dem Amt für Betrugsbekämpfung oder der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse vor Ort nicht unmittelbar in elektronischer Form zugänglich macht.
Gem. § 21 Abs. 1 sind folgende Unterlagen bereitzuhalten:
1. Unterlagen über die Anmeldung des Arbeitnehmers zur Sozialversicherung (Sozialversicherungsdokument E 101 nach der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71, oder Sozialversicherungsdokument A 1 nach der Verordnung (EG) Nr. 883/04 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit), sofern für den entsandten Arbeitnehmer in Österreich keine Sozialversicherungspflicht besteht; kann der Arbeitgeber zum Zeitpunkt der Erhebung durch Nachweise in deutscher oder englischer Sprache belegen, dass ihm die Erwirkung der Ausstellung dieser Dokumente durch den zuständigen Sozialversicherungsträger vor der Entsendung nicht möglich war, sind gleichwertige Unterlagen in deutscher oder englischer Sprache (Antrag auf Ausstellung des Sozialversicherungsdokuments E 101 oder A 1 und Dokumente, aus denen sich ergibt, dass der Arbeitnehmer für die Dauer der Entsendung der ausländischen Sozialversicherung unterliegt) bereitzuhalten;
2. die Meldung gemäß § 19;
3. die behördliche Genehmigung der Beschäftigung der entsandten Arbeitnehmer im Sitzstaat des Arbeitgebers gemäß § 19 Abs. 3 Z 11 oder Abs. 7 Z 8, sofern eine solche erforderlich ist.
Folgende Unterlagen wurden nicht am Arbeits(Einsatz)ort im Inland bereitgehalten oder zugänglich gemacht:
SV-Dokument E101/A1, Meldeunterlagen, behördliche Genehmigung
Arbeitnehmer: M__, geb.: tt.mm.jjjj, Staatsangehörigkeit: RUMÄNIEN
Tätigkeit: lt. Personenblatt: Ingenieur, lt. Niederschrift: Bauleitung vor Ort (Kontrolle und Überwachung)
Arbeitsantritt: 24.04.2023 08:00 Uhr
Arbeits(Einsatz)ort und Kontrollzeit: 4262 C__, 25.04.2023, 09:10 Uhr

9. Datum/Zeit der Kontrolle: 25.04.2023, 09:10 Uhr
Ort der Kontrolle: C__, D-Strasse, E__

Sie haben es als zur Vertretung nach außen Berufener der Firma F__ mit Sitz in G-Strasse, SLOWENIEN, diese ist Arbeitgeberin im Sinne der §§ 3 Abs. 2, 8 Abs. 1 oder 19 Abs. 1, zu verantworten, dass unten angeführte Lohnunterlagen am Arbeits(Einsatz)ort während der Dauer der Beschäftigung (im Inland) oder des Zeitraums der Entsendung insgesamt oder des Rahmenzeitraums (§ 19) nicht bereitgehalten und auch vor Ort nicht unmittelbar in elektronischer Form zum Zeitpunkt der Erhebung zugänglich gemacht wurden, obwohl eine Verwaltungsübertretung begeht, wer den Arbeitsvertrag oder Dienstzettel im Sinne der Richtlinie 91/533 über die Pflicht des Arbeitgebers zur Unterrichtung des Arbeitnehmers über die für seinen Arbeitsvertrag oder sein Arbeitsverhältnis geltenden Bedingungen, ABl. Nr. L 288 vom 18.10.1991 S. 32, Lohnzettel, Lohnzahlungsnachweise oder Banküberweisungsbelege, Lohnaufzeichnungen für die aufgrund konkreter Tätigkeiten oder des konkreten Einsatzes zustehenden Zulagen und Zuschläge, Arbeitszeitaufzeichnungen und Unterlagen betreffend die Lohneinstufung, sofern sich die Einstufung nicht aus anderen Lohnunterlagen ergibt, zur Überprüfung des dem entsandten Arbeitnehmer für die Dauer der Beschäftigung nach den österreichischen Rechtsvorschriften gebührenden Entgelts in deutscher oder englischer Sprache, am Arbeits(Einsatz)ort nicht bereithält oder dem Amt für Betrugsbekämpfung oder der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse unmittelbar vor Ort im Zeitpunkt der Erhebung nicht in elektronischer Form zugänglich macht, auch wenn die Beschäftigung des einzelnen Arbeitnehmers in Österreich früher geendet hat.
Folgende Lohnunterlagen wurden nicht in deutscher oder englischer Sprache am Arbeits(Einsatz)ort im Inland bereit gehalten oder zugänglich gemacht:
Arbeitsvertrag/Dienstzettel, Arbeitszeitaufzeichnungen, Unterlagen betreffend die Lohneinstufung Arbeitnehmer: L__, geb.: tt.mm.jjjj,
Staatsangehörigkeit: RUMÄNIEN
Tätigkeit: lt. Personenblatt: Muncitor/Arbeiter
Arbeitsantritt: 24.04.2023, 08:00 Uhr
Arbeits(Einsatz)ort und Kontrollzeit: C__, 25.04.2023, 09:10 Uhr

10. Datum/Zeit der Kontrolle: 25.04.2023, 09:10 Uhr
Ort der Kontrolle: C__, D-Strasse, E__

Sie haben es als zur Vertretung nach außen Berufener der Firma F__ mit Sitz in G-Strasse, SLOWENIEN, diese ist Arbeitgeberin im Sinne der §§ 3 Abs. 2, 8 Abs. 1 oder 19 Abs. 1, zu verantworten, dass unten angeführte Lohnunterlagen am Arbeits(Einsatz)ort während der Dauer der Beschäftigung (im Inland) oder des Zeitraums der Entsendung insgesamt oder des Rahmenzeitraums (§ 19) nicht bereitgehalten und auch vor Ort nicht unmittelbar in elektronischer Form zum Zeitpunkt der Erhebung zugänglich gemacht wurden, obwohl eine Verwaltungsübertretung begeht, wer den Arbeitsvertrag oder Dienstzettel im Sinne der Richtlinie 91/533 über die Pflicht des Arbeitgebers zur Unterrichtung des Arbeitnehmers über die für seinen Arbeitsvertrag oder sein Arbeitsverhältnis geltenden Bedingungen, ABl. Nr. L 288 vom 18.10.1991 S. 32, Lohnzettel, Lohnzahlungsnachweise oder Banküberweisungsbelege, Lohnaufzeichnungen für die aufgrund konkreter Tätigkeiten oder des konkreten Einsatzes zustehenden Zulagen und Zuschläge, Arbeitszeitaufzeichnungen und Unterlagen betreffend die Lohneinstufung, sofern sich die Einstufung nicht aus anderen Lohnunterlagen ergibt, zur Überprüfung des dem entsandten Arbeitnehmer für die Dauer der Beschäftigung nach den österreichischen Rechtsvorschriften gebührenden Entgelts in deutscher oder englischer Sprache, am

Arbeits(Einsatz)ort nicht bereithält oder dem Amt für Betrugsbekämpfung oder der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse unmittelbar vor Ort im Zeitpunkt der Erhebung nicht in elektronischer Form zugänglich macht, auch wenn die Beschäftigung des einzelnen Arbeitnehmers in Österreich früher geendet hat.
Folgende Lohnunterlagen wurden nicht in deutscher oder englischer Sprache am Arbeits(Einsatz)ort im Inland bereit gehalten oder zugänglich gemacht:
Arbeitsvertrag/Dienstzettel, Arbeitszeitaufzeichnungen, Unterlagen betreffend die Lohneinstufung Arbeitnehmer: M__, geb.: tt.mm.jjjj, Staatsangehörigkeit: RUMÄNIEN
Tätigkeit: lt. Personenblatt: Ingenieur, lt. Niederschrift: Bauleitung vor Ort (Kontrolle und Überwachung)
Arbeitsantritt: 24.04.2023 08:00 Uhr
Arbeits(Einsatz)ort und Kontrollzeit: C__, 25.04.2023, 09:10 Uhr

11. Datum/Zeit der Kontrolle: 25.04.2023, 09:10 Uhr
Ort der Kontrolle: C__, D-Strasse, ‚E__

Sie haben es als zur Vertretung nach außen Berufener der Firma F__ mit Sitz in G-Strasse, SLOWENIEN, zu verantworten, dass die zur Erhebung erforderlichen Unterlagen gemäß §§ 21, 21a und 22, trotz nachweislicher Aufforderung vom 25.04.2023, dem Amt für Betrugsbekämpfung nicht spätestens bis zum Ablauf des der Aufforderung zweitfolgenden Werktages, dies war der 27.04.2023, abgesandt und somit nicht übermittelt wurden, obwohl eine Verwaltungsübertretung begeht, wer die erforderlichen Unterlagen entgegen § 12 Abs. 1 Z 3 nicht übermittelt.
Folgende Unterlagen wurden nicht übermittelt:
• SV Dokument E 101/A1
Arbeitnehmer: L__, geb.: tt.mm.jjjj, Staatsangehörigkeit: RUMÄNIEN
Tätigkeit: lt. Personenblatt: Muncitor/Arbeiter
Arbeitsantritt: 24.04.2023, 08:00 Uhr
Arbeits(Einsatz)ort und Kontrollzeit: C__, 25.04.2023, 09:10 Uhr
12 Datum/Zeit der Kontrolle: 25.04.2023, 09:10 Uhr
Ort der Kontrolle: C__, D-Strasse, ‚BVH Neubau Fertigteilhaus‘
Sie haben es als zur Vertretung nach außen Berufener der Firma F__ mit Sitz in G-Strasse, SLOWENIEN, zu verantworten, dass die zur Erhebung erforderlichen Unterlagen gemäß §§ 21, 21a und 22, trotz nachweislicher Aufforderung vom 25.04.2023, dem Amt für Betrugsbekämpfung nicht spätestens bis zum Ablauf des der Aufforderung zweitfolgenden Werktages, dies war der 27.04.2023, abgesandt und somit nicht übermittelt wurden, obwohl eine Verwaltungsübertretung begeht, wer die erforderlichen Unterlagen entgegen § 12 Abs. 1 Z 3 nicht übermittelt.
Folgende Unterlagen wurden nicht übermittelt:
- Arbeitsvertrag/Dienstzettel
- Arbeitszeitaufzeichnungen
- Unterlagen betreffend die Lohneinstufung

Arbeitnehmer: L__, geb.: tt.mm.jjjj, Staatsangehörigkeit: RUMÄNIEN
Tätigkeit: lt. Personenblatt: Muncitor/Arbeiter
Arbeitsantritt: 24.04.2023, 08:00 Uhr
Arbeits(Einsatz)ort und Kontrollzeit: C__, 25.04.2023, 09:10 Uhr

13. Datum/Zeit der Kontrolle: 25.04.2023, 09:10 Uhr
Ort der Kontrolle: C__, D-Strasse, E__

Sie haben es als zur Vertretung nach außen Berufener der Firma F__ mit Sitz in G-Strasse, SLOWENIEN, zu verantworten, dass die zur Erhebung erforderlichen Unterlagen gemäß §§ 21, 21a und 22, trotz nachweislicher Aufforderung vom 25.04.2023, dem Amt für Betrugsbekämpfung nicht spätestens bis zum Ablauf des der Aufforderung zweitfolgenden Werktages, dies war der 27.04.2023, abgesandt und somit nicht übermittelt wurden, obwohl eine Verwaltungsübertretung begeht, wer die erforderlichen Unterlagen entgegen § 12 Abs. 1 Z 3 nicht übermittelt.
Folgende Unterlagen wurden nicht übermittelt:
• SV Dokument E 101/A1
Arbeitnehmer: M__, geb.: tt.mm.jjjj, Staatsangehörigkeit: RUMÄNIEN
Tätigkeit: lt. Personenblatt: Ingenieur, lt. Niederschrift: Bauleitung vor Ort (Kontrolle und Überwachung)
Arbeitsantritt: 24.04.2023 08:00 Uhr
Arbeits(Einsatz)ort und Kontrollzeit: C__, 25.04.2023, 09:10 Uhr

14. Datum/Zeit der Kontrolle: 25.04.2023, 09:10 Uhr
Ort der Kontrolle: C__, D-Strasse, E__

Sie haben es als zur Vertretung nach außen Berufener der Firma F__ mit Sitz in G-Strasse, SLOWENIEN, zu verantworten, dass die zur Erhebung erforderlichen Unterlagen gemäß §§ 21, 21a und 22, trotz nachweislicher Aufforderung vom 25.04.2023, dem Amt für Betrugsbekämpfung nicht spätestens bis zum Ablauf des der Aufforderung zweitfolgenden Werktages, dies war der 27.04.2023, abgesandt und somit nicht übermittelt wurden, obwohl eine Verwaltungsübertretung begeht, wer die erforderlichen Unterlagen entgegen § 12 Abs. 1 Z 3 nicht übermittelt.
Folgende Unterlagen wurden nicht übermittelt:
- Arbeitsvertrag/Dienstzettel
- Arbeitszeitaufzeichnungen
- Unterlagen betreffend die Lohneinstufung

Arbeitnehmer: M__, geb.: tt.mm.jjjj,
Staatsangehörigkeit: RUMÄNIEN
Tätigkeit: lt. Personenblatt: Ingenieur, lt. Niederschrift: Bauleitung vor Ort (Kontrolle und Überwachung)
Arbeitsantritt: 24.04.2023 08:00 Uhr
Arbeits(Einsatz)ort und Kontrollzeit: C__, 25.04.2023, 09:10 Uhr

1 Datum/Čas nadzora: 25.04.2023, 09:10 dopoldne
Kraj nadzora: C__, D-Strasse, E__‘
Kot upravljavec podatkov podjetja F__ v G-Strasse, ki je delodajalec ste odgovorni za to, da so bili zaposleni naslednji delavci in da obvestilo o napotitvi o začetku dela teh oseb ni bilo pravočasno posredovano pred začetkom dela Osrednji koordinacijski enoti (ZKO) pred posameznim začetkom dela, čeprav stori upravni prekršek vsak, ki kot delodajalec ali kadrovska agencija v smislu 1. odstavka 19. člena ne posreduje obvestila v nasprotju z 19. členom, ga ne posreduje pravočasno ali ga ne posreduje v celoti.

Obvestila o napotitvi za naslednje delavce 24.04.2023 ob 08:38 in zato niste predložili pravočasno pred začetkom dela.
Zaposleni: H__, Datum rojstva: tt.mm.jjjj, Državljanstvo: Romunija
Dejavnost: montaža/dulgher
Datum začetka zaposlitve: 24.04.2023, 08:00 dopoldne
2 Datum/Čas nadzora: 25.04.2023, 09:10 dopoldne
Kraj nadzora: C__, D-Strasse, E__‘
Kot upravljavec podatkov podjetja F__ v G-Strasse, ki je delodajalec ste odgovorni za to, da so bili zaposleni naslednji delavci in da obvestilo o napotitvi o začetku dela teh oseb ni bilo pravočasno posredovano pred začetkom dela Osrednji koordinacijski enoti (ZKO) pred posameznim začetkom dela, čeprav stori upravni prekršek vsak, ki kot delodajalec ali kadrovska agencija v smislu 1. odstavka 19. člena ne posreduje obvestila v nasprotju z 19. členom, ga ne posreduje pravočasno ali ga ne posreduje v celoti.
Obvestila o napotitvi za naslednje delavce 24.04.2023 ob 08:38 in zato niste predložili pravočasno pred začetkom dela.
Zaposleni: Pardelin-N__, Datum rojstva: tt.mm.jjjj, Državljanstvo: Romunija
Dejavnost: montaža/dulgher
Datum začetka zaposlitve: 24.04.2023, 08:00 dopoldne
3 Datum/Čas nadzora: 25.04.2023, 09:10 dopoldne
Kraj nadzora: C__, D-Strasse, E__‘
Kot upravljavec podatkov podjetja F__ v G-Strasse, ki je delodajalec ste odgovorni za to, da so bili zaposleni naslednji delavci in da obvestilo o napotitvi o začetku dela teh oseb ni bilo pravočasno posredovano pred začetkom dela Osrednji koordinacijski enoti (ZKO) pred posameznim začetkom dela, čeprav stori upravni prekršek vsak, ki kot delodajalec ali kadrovska agencija v smislu 1. odstavka 19. člena ne posreduje obvestila v nasprotju z 19. členom, ga ne posreduje pravočasno ali ga ne posreduje v celoti.
Obvestila o napotitvi za naslednje delavce 24.04.2023 ob 08:38 in zato niste predložili pravočasno pred začetkom dela.
Zaposlena: Roxana-O__, Datum rojstva: tt.mm.jjjj, Državljanstvo: Romunija
Dejavnost: ltpomožna dela/Necalifica
Datum začetka zaposlitve: 24.04.2023, 08:00 dopoldne
4 Datum/Čas nadzora: 25.04.2023, 09:10 dopoldne

Kraj nadzora: C__, D-Strasse, E__‘
Kot upravljavec podatkov podjetja F__ v G-Strasse, ki je delodajalec ste odgovorni za to, da so bili zaposleni naslednji delavci in da obvestilo o napotitvi o začetku dela teh oseb ni bilo pravočasno posredovano pred začetkom dela Osrednji koordinacijski enoti (ZKO) pred posameznim začetkom dela, čeprav stori upravni prekršek vsak, ki kot delodajalec ali kadrovska agencija v smislu 1. odstavka 19. člena ne posreduje obvestila v nasprotju z 19. členom, ga ne posreduje pravočasno ali ga ne posreduje v celoti.
Obvestila o napotitvi za naslednje delavce 24.04.2023 ob 08:38 in zato niste predložili pravočasno pred začetkom dela.
Zaposleni: K__, Datum rojstva: tt.mm.jjjj, Državljanstvo: Romunija
Dejavnost: montaža/dulgher
Datum začetka zaposlitve: 24.04.2023, 08:00 dopoldne
5 Datum/Čas nadzora: 25.04.2023, 09:10 dopoldne
Kraj nadzora: C__, D-Strasse, E__‘

Kot upravljavec podatkov podjetja F__ v G-Strasse, ki je delodajalec ste odgovorni za to, da so bili zaposleni naslednji delavci in da obvestilo o napotitvi o začetku dela teh oseb ni bilo pravočasno posredovano pred začetkom dela Osrednji koordinacijski enoti (ZKO) pred posameznim začetkom dela, čeprav stori upravni prekršek vsak, ki kot delodajalec ali kadrovska agencija v smislu 1. odstavka 19. člena ne posreduje obvestila v nasprotju z 19. členom, ga ne posreduje pravočasno ali ga ne posreduje v celoti.
Obvestila o napotitvi za naslednje delavce 24.04.2023 ob 08:38 in zato niste predložili pravočasno pred začetkom dela.
Zaposleni: P__, Datum rojstva: tt.mm.jjjj, Državljanstvo: Romunija
Dejavnost: muncitor
Datum začetka zaposlitve: 24.04.2023, 08:00 dopoldne
6 Datum/Čas nadzora: 25.04.2023, 09:10 dopoldne
Kraj nadzora: C__, D-Strasse, E__‘
Kot upravljavec podatkov podjetja F__ v G-Strasse ste odgovorni za to, da je bil zaposlen naslednji delavec in da obvestilo o napotitvi ni bilo v celoti predloženo Osrednji koordinacijski enoti (ZKO) v informaciji o začetku dela te osebe(e), čeprav stori upravni prekršek vsakdo, ki kot delodajalec ali kadrovska agencija v smislu 1. odstavka 19. člena ne predloži obvestila ali obvestila o poznejših spremembah informacij (prijava spremembe v nasprotju z 19. členom), ga ne predloži pravočasno ali ga ne predloži v celoti.
Obvestilo v skladu s 1. odstavkom se izvede ločeno za vsako objavo in vsebuje naslednje informacije; naknadne spremembe informacij se sporočijo nemudoma:
1. ime, naslov in poslovno dovoljenje ali poslovni namen delodajalca v smislu 1. odstavka, identifikacijska številka za DDV;
2. ime in naslov oseb, ki zastopajo delodajalca v razmerju do tretjih oseb;
3. ime in naslov kontaktne osebe v skladu s 23. členom med zaposlenimi, napotenimi v Avstrijo, ali osebami, pooblaščenimi za poklicno zastopanje strank s sedežem v Avstriji (člen 21(2)(4));
4. ime in naslov naročnika (glavnega izvajalca);
5. imena, naslovi, datumi rojstva, številke nacionalnega zavarovanja in pristojni nosilci socialne varnosti ter državljanstvo delavcev, napotenih v Avstrijo;
6. obdobje celotne napotitve ter začetek in predvideno trajanje zaposlitve posameznih delavcev v Avstriji, trajanje in kraj dogovorjenega običajnega delovnega časa posameznih delavcev;
7. znesek plačila, ki pripada posameznim delavcem v skladu z avstrijsko zakonodajo, in začetek delovnega razmerja pri delodajalcu;
8. kraj (točen naslov) zaposlitve v Avstriji (tudi drugi kraji napotitve v Avstriji);
9. v primerih iz člena 21(2) navedba osebe (točen naslov) ali podružnice (točen naslov), kjer se vodijo evidence o registraciji, socialni varnosti in plačah;
10. vrsta dela in zaposlitve napotenega delavca ob upoštevanju veljavne avstrijske kolektivne pogodbe;
11. če je za zaposlitev napotenega delavca v državi, v kateri ima delodajalec sedež, potrebno upravno dovoljenje, vsakič tudi organ, ki izda dovoljenje, ter referenčna številka, datum izdaje in veljavnost ali kopija dovoljenja;
12. če napoteni delavec v državi, v kateri ima delodajalec sedež, potrebuje dovoljenje za bivanje, vsakič tudi organ, ki izda dovoljenje, ter referenčna številka, datum izdaje in veljavnost ali kopija dovoljenja.
Naslednje informacije v prijavi niso bile popolne:

Točke 5, 6, 7 in 10: Zgoraj navedeni delodajalec je bil v obvestilu iz odstavka 1 naveden le kot kontaktna oseba v skladu s členom 23 LSD-BG, ne pa kot delavec, napoten v Avstrijo.
Zaposleni: M__, Datum rojstva: tt.mm.jjjj, Državljanstvo: Romunija
Dejavnost: Inženir/ Upravljanje gradnje na gradbišču (nadzor in spremljanje)
Datum začetka zaposlitve: 24.04.2023, 08:00 dopoldne
7 Datum/Čas nadzora: 25.04.2023, 09:10 dopoldne
Kraj nadzora: C__, D-Strasse,E__‘
Kot upravljavec podatkov podjetja F__ s sedežem v G-Strasse, to je delodajalec s sedežem v državi članici EU ali državi EGP ali Švicarski konfederaciji, ste odgovorni za to, da spodaj navedeni dokumenti v času napotitve niso bili na voljo na delovnem mestu (napotitvi) v Avstriji in tudi niso bili neposredno dostopni na kraju samem v elektronski obliki, čeprav stori upravni prekršek, kdor v nasprotju s 1. ali 2. odstavkom 21. člena ne hrani zahtevanih dokumentov ali jih v elektronski obliki neposredno na kraju samem ne da na voljo Uradu za preprečevanje goljufij ali Skladu za dopust in odpravnine gradbenih delavcev.
V skladu s 1. odstavkom 21. člena morajo biti na voljo naslednji dokumenti:
1. dokumenti o prijavi delavca v socialno zavarovanje (dokument o socialnem zavarovanju E 101 v skladu z Uredbo (EGS) št. 1408/71 ali dokument o socialnem zavarovanju A 1 v skladu z Uredbo (ES) št. 883/04 o koordinaciji sistemov socialnega varstva), če napoteni delavec ni obvezno socialno zavarovan v Avstriji; če lahko delodajalec ob pregledu z dokazili v nemškem ali angleškem jeziku dokaže, da mu pristojni nosilec socialnega zavarovanja pred napotitvijo ni mogel izdati teh dokumentov, morajo biti na voljo enakovredni dokumenti v nemškem ali angleškem jeziku (vloga za izdajo dokumenta o socialnem zavarovanju E 101 ali A 1 in dokumenti, ki dokazujejo, da je delavec v času napotitve obvezno socialno zavarovan v tujini);
2. obvestilo v skladu z 19. členom;
3. uradno dovoljenje za zaposlitev napotenih delavcev v državi prebivališča delodajalca v skladu s členom 19(3)(11) ali (7)(8), če je takšno dovoljenje potrebno.Na delovnem mestu (napotitvi) na državnem ozemlju niso bili na voljo ali dostopni naslednji dokumenti: dokument
o socialnem zavarovanju E 101 v A 1, obvestilo v skladu z 19. členom, uradno dovoljenje za zaposlitev
Zaposleni: P__, Datum rojstva: tt.mm.jjjj, Državljanstvo: Romunija
Dejavnost: Muncitor
Datum začetka zaposlitve: 24.04.2023, 08:00 dopoldne
Lokacija dela (napotitev) in čas nadzora: C__, D-Strasse, ‚E__‘, 25.04.2023, 09:10 dopoldne
8 Datum/Čas nadzora: 25.04.2023, 09:10 dopoldne
Kraj nadzora: C__, D-Strasse, E__‘
Kot upravljavec podatkov podjetja F__ s sedežem v G-Strasse, to je delodajalec s sedežem v državi članici EU ali državi EGP ali Švicarski konfederaciji, ste odgovorni za to, da spodaj navedeni dokumenti v času napotitve niso bili na voljo na delovnem mestu (napotitvi) v Avstriji in tudi niso bili neposredno dostopni na kraju samem v elektronski obliki, čeprav stori upravni prekršek, kdor v nasprotju s 1. ali 2. odstavkom 21. člena ne hrani zahtevanih dokumentov ali jih v elektronski obliki neposredno na kraju samem ne da na voljo Uradu za preprečevanje goljufij ali Skladu za dopust in odpravnine gradbenih delavcev.
V skladu s 1. odstavkom 21. člena morajo biti na voljo naslednji dokumenti:
1. dokumenti o prijavi delavca v socialno zavarovanje (dokument o socialnem zavarovanju E 101 v skladu z Uredbo (EGS) št. 1408/71 ali dokument o socialnem

zavarovanju A 1 v skladu z Uredbo (ES) št. 883/04 o koordinaciji sistemov socialnega varstva), če napoteni delavec ni obvezno socialno zavarovan v Avstriji; če lahko delodajalec ob pregledu z dokazili v nemškem ali angleškem jeziku dokaže, da mu pristojni nosilec socialnega zavarovanja pred napotitvijo ni mogel izdati teh dokumentov, morajo biti na voljo enakovredni dokumenti v nemškem ali angleškem jeziku (vloga za izdajo dokumenta o socialnem zavarovanju E 101 ali A 1 in dokumenti, ki dokazujejo, da je delavec v času napotitve obvezno socialno zavarovan v tujini);

2. obvestilo v skladu z 19. členom;

3. uradno dovoljenje za zaposlitev napotenih delavcev v državi prebivališča delodajalca v skladu s členom 19(3)(11) ali (7)(8), če je takšno dovoljenje potrebno.Na delovnem mestu (napotitvi) na državnem ozemlju niso bili na voljo ali dostopni naslednji dokumenti: dokument o socialnem zavarovanju E 101 v A 1, obvestilo v skladu z 19. členom, uradno dovoljenje za zaposlitev

Zaposleni: M__, Datum rojstva: tt.mm.jjjj, Državljanstvo: Romunija

Dejavnost: Inženir/ Upravljanje gradnje na gradbišču (nadzor in spremljanje)

Datum začetka zaposlitve: 24.04.2023, 08:00 dopoldne

Lokacija dela (napotitev) in čas nadzora: C__, D-Strasse, ‚E__‘, 25.04.2023, 09:10 dopoldne

9 Datum/Čas nadzora: 25.04.2023, 09:10 dopoldne

Kraj nadzora: C__, D-Strasse, E__‘

Kot upravljavec podatkov podjetja F__ s sedežem v G-Strasse ste delodajalec v smislu 2. odstavka 3. člena, 1. odstavka 8. člena ali 1. odstavka 19. člena 1. Člena odgovorni za to, da spodaj navedeni dokumenti o plači niso bili na voljo na delovnem mestu (napotitvi) v času trajanja zaposlitve (v Avstriji) ali v obdobju napotitve celotnega ali okvirnega obdobja (19. člen) in tudi v času prevzema niso bili neposredno dostopni na kraju samem v elektronski obliki, čeprav upravni prekršek stori vsakdo, ki ne da na voljo pogodbe o zaposlitvi ali službene knjižice v smislu Direktive 91/533 o obveznosti delodajalca, da delavca obvesti o pogojih, ki veljajo za njegovo pogodbo o zaposlitvi ali delovno razmerje, UL. L 288, 18.10.1991, str. 32, plačilne liste, potrdila o izplačilu plače ali potrdila o bančnih nakazilih, plačilne liste za nadomestila in dodatke, ki pripadajo na podlagi posebnih dejavnosti ali posebne naloge, evidence delovnega časa in dokumente v zvezi z uvrstitvijo plače, razen če je uvrstitev razvidna iz drugih plačilnih dokumentov, za namen preverjanja plačila, ki pripada napotenemu delavcu za čas trajanja zaposlitve v skladu z avstrijsko zakonodajo v nemškem ali angleškem jeziku, na delovnem mestu (napotitev) ali ga ne da na voljo Uradu za boj proti goljufijam ali Skladu za dopust in odpravnine gradbenih delavcev neposredno na delovnem mestu v elektronski obliki v času pregleda, tudi če se je zaposlitev posameznega delavca v Avstriji končala prej.

Na delovnem mestu (napotitvi) na državnem ozemlju niso bili na voljo naslednji dokumenti o plači v nemškem ali angleškem jeziku: pogodbe o zaposlitvi/ službene knjižice, evidence delovnega časa, dokumente v zvezi z uvrstitvijo plače

Zaposleni: P__, Datum rojstva: tt.mm.jjjj, Državljanstvo: Romunija

Dejavnost: Muncitor

Datum začetka zaposlitve: 24.04.2023, 08:00 dopoldne

Lokacija dela (napotitev) in čas nadzora: C__, D-Strasse, ‚E__‘, 25.04.2023, 09:10 dopoldne

10 Datum/Čas nadzora: 25.04.2023, 09:10 dopoldne

Kraj nadzora: C__, D-Strasse, E__‘

Kot upravljavec podatkov podjetja F__ s sedežem v G-Strasse ste delodajalec v smislu 2. odstavka 3. člena, 1. odstavka 8. člena ali 1. odstavka 19. člena 1. Člena odgovorni za to, da spodaj navedeni dokumenti o plači niso bili na voljo na delovnem mestu (napotitvi) v času trajanja zaposlitve (v Avstriji) ali v obdobju napotitve celotnega ali okvirnega obdobja (19. člen) in tudi v času prevzema niso bili neposredno dostopni na kraju samem v elektronski obliki, čeprav upravni prekršek stori vsakdo, ki ne da na voljo pogodbe o zaposlitvi ali službene knjižice v smislu Direktive 91/533 o obveznosti delodajalca, da delavca obvesti o pogojih, ki veljajo za njegovo pogodbo o zaposlitvi ali delovno razmerje, UL. L 288, 18.10.1991, str. 32, plačilne liste, potrdila o izplačilu plače ali potrdila o bančnih nakazilih, plačilne liste za nadomestila in dodatke, ki pripadajo na podlagi posebnih dejavnosti ali posebne naloge, evidence delovnega časa in dokumente v zvezi z uvrstitvijo plače, razen če je uvrstitev razvidna iz drugih plačilnih dokumentov, za namen preverjanja plačila, ki pripada napotenemu delavcu za čas trajanja zaposlitve v skladu z avstrijsko zakonodajo v nemškem ali angleškem jeziku, na delovnem mestu (napotitev) ali ga ne da na voljo Uradu za boj proti goljufijam ali Skladu za dopust in odpravnine gradbenih delavcev neposredno na delovnem mestu v elektronski obliki v času pregleda, tudi če se je zaposlitev posameznega delavca v Avstriji končala prej.
Na delovnem mestu (napotitvi) na državnem ozemlju niso bili na voljo naslednji dokumenti o plači v nemškem ali angleškem jeziku: pogodbe o zaposlitvi/ službene knjižice, evidence delovnega časa, dokumente v zvezi z uvrstitvijo plače
Zaposleni: M__, Datum rojstva: tt.mm.jjjj, Državljanstvo: Romunija
Dejavnost: Inženir/ Upravljanje gradnje na gradbišču (nadzor in spremljanje)
Datum začetka zaposlitve: 24.04.2023, 08:00 dopoldne
Lokacija dela (napotitev) in čas nadzora: C__, D-Strasse, „E__“, 25.04.2023, 09:10 dopoldne
11 Datum/Čas nadzora: 25.04.2023, 09:10 dopoldne
Kraj nadzora: C__, D-Strasse, E__‘
Kot upravljavec podatkov podjetja F__ s sedežem v G-Strasse ste odgovorni za to, da dokumenti, potrebni za izterjavo v skladu s členi 21, 21a in 22, niso bili poslani Uradu za boj proti goljufijam do konca drugega delovnega dne po zahtevi, to je 25.04.2023 kljub dokazljivi zahtevi 27.04.2023, in tako niso bili predloženi, čeprav vsakdo, ki v nasprotju s 3. točko 1. odstavka 12. člena ne predloži zahtevanih dokumentov, stori upravni prekršek.
Naslednji dokumenti niso bili predloženi:
• dokumenti o prijavi delavca v socialno zavarovanje
Zaposleni: P__, Datum rojstva: tt.mm.jjjj, Državljanstvo: Romunija
Dejavnost: Muncitor
Datum začetka zaposlitve: 24.04.2023, 08:00 dopoldne
Lokacija dela (napotitev) in čas nadzora: C__, D-Strasse, ‚E__‘, 25.04.2023, 09:10 dopoldne
12 Datum/Čas nadzora: 25.04.2023, 09:10 dopoldne
Kraj nadzora: C__, D-Strasse, E__‘
Kot upravljavec podatkov podjetja F__ s sedežem v G-Strasse ste odgovorni za to, da dokumenti, potrebni za izterjavo v skladu s členi 21, 21a in 22, niso bili poslani Uradu za boj proti goljufijam do konca drugega delovnega dne po zahtevi, to je 25.04.2023 kljub dokazljivi zahtevi 27.04.2023, in tako niso bili predloženi, čeprav vsakdo, ki v nasprotju s 3. točko 1. odstavka 12. člena ne predloži zahtevanih dokumentov, stori upravni prekršek.
Naslednji dokumenti niso bili predloženi:
• pogodbe o zaposlitvi/ službene knjižice,

- evidence delovnega časa,
- dokumente v zvezi z uvrstitvijo plače

Zaposleni: P__, Datum rojstva: tt.mm.jjjj, Državljanstvo: Romunija
Dejavnost: Muncitor
Datum začetka zaposlitve: 24.04.2023, 08:00 dopoldne
Lokacija dela (napotitev) in čas nadzora: C__, D-Strasse, ‚E__‘, 25.04.2023, 09:10 dopoldne

13 Datum/Čas nadzora: 25.04.2023, 09:10 dopoldne
Kraj nadzora: C__, D-Strasse, E__‘
Kot upravljavec podatkov podjetja F__ s sedežem v G-Strasse ste odgovorni za to, da dokumenti, potrebni za izterjavo v skladu s členi 21, 21a in 22, niso bili poslani Uradu za boj proti goljufijam do konca drugega delovnega dne po zahtevi, to je 25.04.2023 kljub dokazljivi zahtevi 27.04.2023, in tako niso bili predloženi, čeprav vsakdo, ki v nasprotju s 3. točko 1. odstavka 12. člena ne predloži zahtevanih dokumentov, stori upravni prekršek.
Naslednji dokumenti niso bili predloženi:

- dokumenti o prijavi delavca v socialno zavarovanje

Zaposleni: M__, Datum rojstva: tt.mm.jjjj, Državljanstvo: Romunija
Dejavnost: Inženir/ Upravljanje gradnje na gradbišču (nadzor in spremljanje)
Datum začetka zaposlitve: 24.04.2023, 08:00 dopoldne
Lokacija dela (napotitev) in čas nadzora: C__, D-Strasse, ‚E__‘, 25.04.2023, 09:10 dopoldne

14 Datum/Čas nadzora: 25.04.2023, 09:10 dopoldne
Kraj nadzora: C__, D-Strasse, E__‘
Kot upravljavec podatkov podjetja F__ s sedežem v G-Strasse ste odgovorni za to, da dokumenti, potrebni za izterjavo v skladu s členi 21, 21a in 22, niso bili poslani Uradu za boj proti goljufijam do konca drugega delovnega dne po zahtevi, to je 25.04.2023 kljub dokazljivi zahtevi 27.04.2023, in tako niso bili predloženi, čeprav vsakdo, ki v nasprotju s 3. točko 1. odstavka 12. člena ne predloži zahtevanih dokumentov, stori upravni prekršek.
Naslednji dokumenti niso bili predloženi:

- pogodbe o zaposlitvi/ službene knjižice,
- evidence delovnega časa,
- dokumente v zvezi z uvrstitvijo plače

Zaposleni: M__, Datum rojstva: tt.mm.jjjj, Državljanstvo: Romunija
Dejavnost: Inženir/ Upravljanje gradnje na gradbišču (nadzor in spremljanje)
Datum začetka zaposlitve: 24.04.2023, 08:00 dopoldne
Lokacija dela (napotitev) in čas nadzora: C__, D-Strasse, ‚E__‘, 25.04.2023, 09:10 dopoldne

Sie haben dadurch folgende Rechtsvorschriften verletzt:
S tem ste kršili naslednje pravne določbe:

1. § 26 Abs. 1 Zif. 1 i.V.m. § 19 Abs. 1 und Abs. 2 Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG), BGBl. I Nr. 44/2016 i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022 i.V.m. § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz (VStG), BGBl. Nr. 52/1991, idF. BGBl. I. Nr. 58/2018
2. § 26 Abs. 1 Zif. 1 i.V.m. § 19 Abs. 1 und Abs. 2 Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG), BGBl. I Nr. 44/2016 i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022 i.V.m. § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz (VStG), BGBl. Nr. 52/1991, idF. BGBl. I. Nr. 58/2018

3. § 26 Abs. 1 Zif. 1 i.V.m. § 19 Abs. 1 und Abs. 2 Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG), BGBl. I Nr. 44/2016 i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022 i.V.m. § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz (VStG), BGBl. Nr. 52/1991, idF. BGBl. I. Nr. 58/2018
4. § 26 Abs. 1 Zif. 1 i.V.m. § 19 Abs. 1 und Abs. 2 Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG), BGBl. I Nr. 44/2016 i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022 i.V.m. § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz (VStG), BGBl. Nr. 52/1991, idF. BGBl. I. Nr. 58/2018
5. § 26 Abs. 1 Zif. 1 i.V.m. § 19 Abs. 1 und Abs. 2 Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG), BGBl. I Nr. 44/2016 i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022 i.V.m. § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz (VStG), BGBl. Nr. 52/1991, idF. BGBl. I. Nr. 58/2018
6. § 26 Abs. 1 Zif. 1 i.V.m. § 19 Abs. 1 und Abs. 2 Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG), BGBl. I Nr. 44/2016 i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022 i.V.m. § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz (VStG), BGBl. Nr. 52/1991, idF. BGBl. I. Nr. 58/2018
7. § 26 Abs. 1 Zif. 3 i.V.m. § 21 Abs. 1 LSD-BG, BGBl. I Nr. 44/2016 i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022 i.V.m. § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz (VStG), BGBl. Nr. 52/1991, idF. BGBl. I. Nr. 58/2018
8. § 26 Abs. 1 Zif. 3 i.V.m. § 21 Abs. 1 LSD-BG, BGBl. I Nr. 44/2016 i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022
   i.V.m. § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz (VStG), BGBl. Nr. 52/1991, idF. BGBl. I. Nr. 58/2018
9. § 28 Zif. 1 i.V.m. § 22 Abs. 1 LSD-BG, BGBl. I Nr. 44/2016 i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022 i.V.m. § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz (VStG), BGBl. Nr. 52/1991, idF. BGBl. I. Nr. 58/2018
10. § 28 Zif. 1 i.V.m. § 22 Abs. 1 LSD-BG, BGBl. I Nr. 44/2016 i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022 i.V.m. § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz (VStG), BGBl. Nr. 52/1991, idF. BGBl. I. Nr. 58/2018
11. § 27 Abs. 1 i.V.m. § 12 Abs. 1 Zif. 3 LSD-BG, BGBl. I Nr. 44/2016, i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022 i.V.m. § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz (VStG), BGBl. Nr. 52/1991, idF. BGBl. I. Nr. 58/2018
12. § 27 Abs. 1 i.V.m. § 12 Abs. 1 Zif. 3 LSD-BG, BGBl. I Nr. 44/2016, i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022 i.V.m. § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz (VStG), BGBl. Nr. 52/1991, idF. BGBl. I. Nr. 58/2018
13. § 27 Abs. 1 i.V.m. § 12 Abs. 1 Zif. 3 LSD-BG, BGBl. I Nr. 44/2016, i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022 i.V.m. § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz (VStG), BGBl. Nr. 52/1991, idF. BGBl. I. Nr. 58/2018
14. § 27 Abs. 1 i.V.m. § 12 Abs. 1 Zif. 3 LSD-BG, BGBl. I Nr. 44/2016, i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022 i.V.m. § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz (VStG), BGBl. Nr. 52/1991, idF. BGBl. I. Nr. 58/2018

Wegen dieser Verwaltungsübertretungen werden über Sie folgende Strafen verhängt:
Za te upravne prekrške vam bodo naložene naslednje kazni:

Geldstrafe von Denarna kazen za	falls diese uneinbringlich ist, Ersatzfreiheitsstrafe von	Gemäß Po podatkih

	če tega ni mogoče izterjati, nadomestna zaporna kazen v višini	
1. bis 6.: € 1000,00 (Gesamtstrafe) (Skupna kazen)	16 Stunden 16 Ure	§ 26 Abs. 1 Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG), BGBl. I Nr. 44/2016, i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022
7. bis 8.: € 500,00 (Gesamtstrafe) (Skupna kazen)	8 Stunden 8 Ure	§ 26 Abs. 1 Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG), BGBl. I Nr. 44/2016, i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022
9.bis 10.: € 1000,00 (Gesamtstrafe) (Skupna kazen)	16 Stunden 16 Ure	§ 28 erster Strafsatz Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG), BGBl. I Nr. 44/2016, i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022
11.bis 14.: € 2000,00 (Gesamtstrafe) (Skupna kazen)	32 Stunden 32 Ure	§ 27 Abs. 1Lohn-und SozialdumpingBekämpfungsgesetz (LSD-BG), BGBl. I Nr. 44/2016, i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2022

Weitere Verfügungen (zB Verfallsausspruch, Anrechnung von Vorhaft):
Nadaljnji ukrepi (npr. odvzem, upoštevanje prejšnjega pridržanja):
Ferner haben Sie gemäß § 64 des Verwaltungsstrafgesetzes 1991 - VStG zu zahlen:
€ 450,00 als Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens, das sind 10% der Strafe, jedoch mindestens € 10,00 für jedes Delikt (je ein Tag Freiheitsstrafe wird gleich € 100,00 angerechnet).
Der zu zahlende Gesamtbetrag (Strafe/Kosten/Barauslagen) beträgt daher
Poleg tega morate v skladu s 64. členom Zakona o upravnih kaznih 1991 - VStG plačati 450,00 EUR kot prispevek k stroškom kazenskega postopka, tj. 10 % globe, vendar najmanj 10,00 EUR za vsak prekršek (en dan zapora se odšteje od 100,00 EUR).
Skupni znesek, ki ga je treba plačati (globa/stroški/gotovinski stroški), je torej
€ 4.950,00“
[Hervorhebungen nicht übernommen]

I.2. Dagegen wurde rechtzeitig Beschwerde erhoben in der Folgendes (wortwörtlich wiedergegeben) ausgeführt wurde:

I.2 Zoper to je bila pravočasno vložena pritožba, v kateri je bilo navedeno naslednje (dobesedno povzeto):

„Gemäß der rechtlichen Belehrung erhebe ich rechtzeitig Einspruch gegen den Strafbescheid, den ich am 18.01.2024 erhalten habe, da die Behauptungen der Verwaltungsbehörde nicht der tatsächlichen Situation entsprechen.

Die Überprüfung der Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen wurde am 25.04.2023 am Standort C__, D-Strasse, Neubau, um 9.10 Uhr durchgeführt.
Die Behauptungen der Verwaltungsbehörde, dass die Benachrichtigung gemäß ZKO3 zu spät erfolgt sei, stimmen nicht. Die Mitarbeiter wurden am 25.04.2023 um 8.00 Uhr zum Einsatzort geschickt und nicht am 24.04.2023, wie die Verwaltungsbehörde angibt. Als gesetzlicher Vertreter des Arbeitgebers Optima 4 GmbH habe ich daher keine österreichischen Gesetze verletzt, und die Strafe ist unbegründet. Als Beweis lege ich die ZKO3-Bescheinigung bei.
Beweis:
ZKO3/2023-043911a
Angesichts all dessen möchte ich darauf hinweisen, dass der Strafbescheid BHFR/923060009172/23 nicht vollständig ins Slowenische übersetzt ist, insbesondere nicht im Abschnitt Begründung, was meine Rechte verletzt hat, da der Bescheid bzw. seine Begründung in deutscher Sprache verfasst ist, die ich nicht vollständig verstehe.
In Anbetracht aller genannten Gründe schlage ich vor, dass der Bescheid über die verhängte Strafe BHFR/923060009172/23 vollständig aufgehoben wird.
In untergeordneter Weise fordere ich die Bestellung eines Verteidigers für mich und die Ansetzung einer öffentlichen Verhandlung.“

„V skladu s pravnimi navodili pravočasno vlagam ugovor zoper obvestilo o kazni, ki sem ga prejel 18. januarja 2024, saj navedbe upravnega organa ne ustrezajo dejanskemu stanju.
Inšpekcijski pregled izvajanja zakonskih zahtev je bil opravljen 25. 4. 2023 na lokaciji C__, D-Strasse, Neubau, ob 9.10 uri.
Trditve upravnega organa, da je bilo obvestilo v skladu z ZKO3 podano prepozno, ne držijo. Zaposleni so bili poslani na lokacijo 25. aprila 2023 ob 8.00 in ne 24. aprila 2023, kot navaja upravni organ. Kot zakoniti zastopnik delodajalca Optima 4 GmbH torej nisem kršil nobenih avstrijskih zakonov in kazen je neutemeljena. Kot dokaz prilagam potrdilo ZKO3.
Dokazilo:
ZKO3/2023-043911a
Glede na vse navedeno opozarjam, da kazenska odločba BHFR/923060009172/23 ni v celoti prevedena v slovenski jezik, zlasti ne v delu obrazložitve, s čimer so bile kršene moje pravice, saj je odločba oziroma njena obrazložitev napisana v nemškem jeziku, ki ga ne razumem v celoti.
Zaradi vseh navedenih razlogov predlagam, da se odločba o izrečeni kazni BHFR/923060009172/23 v celoti odpravi.
Podrejeno zahtevam, da se mi imenuje zagovornik in da se razpiše javna obravnava.“

I.3. Mit Schreiben vom 26.02.2024 legte die belangte Behörde den Verwaltungsakt samt Beschwerde dem Landesverwaltungsgericht Oberösterreich vor. Dieses entscheidet gemäß § 2 VwGVG durch seine nach der Geschäftsverteilung zuständigen Einzelrichterin.

I.4. Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich hat Beweis erhoben durch Anberaumung und Durchführung einer mündlichen Verhandlung am 12.06.2024, an der der Bf und ein Vertreter des Amtes für Betrugsbekämpfung, Finanzpolizei Team 43, teilgenommen haben. Der Verhandlung wurde eine Videodolmetscherin

für die Slowenische Sprache beigezogen, die den Bf trotz seiner guten Deutschkenntnisse unterstützt hat.

I.3 Z dopisom z dne 26. februarja 2024 je toženi organ upravni akt skupaj s tožbo predložil deželnemu upravnemu sodišču Zgornje Avstrije. V skladu z oddelkom 2 VwGVG to sodišče odloča z enim samim sodnikom, ki je pristojen glede na dodelitev zadev.

I.4 Deželno upravno sodišče Zgornje Avstrije je izvedlo dokaze tako, da je 12. junija 2024 razpisalo in izvedlo ustno obravnavo, ki sta se je udeležila pritožnik in predstavnik Urada za preprečevanje goljufij, 43. skupina finančne policije. Na obravnavi je sodeloval videotolmač za slovenski jezik, ki je kljub dobremu znanju nemškega jezika podpiral pritožnika.

II. Sachverhalt, Beweiswürdigung:

II. Dejstva primera, presoja dokazov:

II.1. Das Landesverwaltungsgericht Oerösterreich geht bei seiner Entscheidung von folgendem Sachverhalt aus:

Der Bf ist als handelsrechtlicher Geschäftsführer verwaltungsstrafrechtlich verantwortliches Organ des Unternehmens F__, mit der Geschäftsadresse G-Strasse, Slowenien.

Am 25.04.2023 erfolgte auf der Baustelle „E__“ in C__ eine Kontrolle durch Organe des Amtes für Betrugsbekämpfung, Finanzpolizei Team 44. Im Zuge der Kontrolle wurden die im Spruch namentlich angeführten Arbeitnehmer der Firma des Bf bei der Errichtung eines Fertigteilhauses angetroffen.

Für die gegenständliche Baustelle wurden am 24.04.2023, um 8:38 Uhr eine Entsendemeldung erstattet. Herr Jurj wurde in dieser Entsendemeldung nicht angeführt, Herr M__ wurde dabei ausschließlich als Ansprechperson gemäß § 23 LSD-BG genannt, die restlichen Arbeitnehmer waren als „nach Österreich entsandte Arbeitnehmerin/entsandter Arbeiter“ angeführt. Von den Arbeitnehmern wurde angegegen, dass sie am 24.04.2023 um 8:00 Uhr mit den Arbeiten auf der Baustelle begonnen haben.

Herr M__ gab gegenüber den Kontrollorganen an, dass er der Meinung sei, dass er für sich selbst keine Entsendemeldung benötige, da er nicht körperlich auf der Baustelle tätig sei, sondern nur für die Überprüfung der Arbeiten zuständig sei. Bei Herrn Jurj war er der Meinung, dass dieser keine Entsendemeldung brauche, der er nur 2 Tage und nicht durchgehend auf der Baustelle arbeite.

Im Zeitpunkt der Kontrolle konnten außer für Herrn Jurj und Herrn M__ Unterlagen über die Anmeldung zur Sozialversicherung, Dienstzettel, Arbeitsaufzeichnungen und Unterlagen bezüglich der Lohneinstufung zugänglich gemacht werden.
Herrn M__ wurde in seiner Funktion als Ansprechperson gemäß § 23 LSD-BG im Zuge der Kontrolle eine schriftliche Aufforderung zur Übermittlung der erforderlichen Unterlagen ausgehändigt. Mit diesem Schreiben wurde der Arbeitgeber aufgefordert die angeführten Unterlagen für Herrn Jurj und Herrn M__ bis zum 27.04.2023, 24:00 Uhr an das Amt für Betrugsbekämpfung zu übermitteln. Bis zu dieser Frist wurden keine Unterlagen übermittelt.

II.2. Der festgestellte Sachverhalt ergibt sich nachvollziehbar aus dem Verwaltungsakt der belangten Behörde und dem Ergebnis der öffentlichen mündlichen Verhandlung. Der Bf hat in der Verhandlung vorgebracht, dass er sehr wohl die angeforderten Unterlagen per E-Mail an das Amt für Betrugsbekämpfung übermittelt habe. Deshalb wurde dem Bf die Möglichkeit eingeräumt, dass er sowohl den Sendenachweis als auch andere Beweise dem Landesverwaltungsgericht Oberösterreich bis zum 25.06.2024 vorlegen könne. Vom Bf wurden keinerlei Nachweise übermittelt.

II.1 Deželno upravno sodišče Zgornje Avstrije je svojo odločitev utemeljilo na naslednjih dejstvih:

Pritožnik je kot poslovodja po gospodarskem pravu upravno kazensko odgovorna oseba družbe F__, s poslovnim naslovom G-Strasse, Slovenija.

Dne 25. 4. 2023 so na gradbišču „E__“ v C__ opravili inšpekcijski pregled organi Urada za boj proti goljufijam, Skupina finančne policije 44. Pri pregledu je bilo ugotovljeno, da zaposleni v družbi pritožnika, navedeni v sodbi, gradijo montažno hišo.

Poročilo o napotitvi je bilo za zadevno gradbišče predloženo 24. aprila 2023 ob 8.38 uri. Gospod Jurj v tem obvestilu o napotitvi ni bil naveden, V__ je bil naveden izključno kot kontaktna oseba v skladu s 23. členom LSD-BG, drugi delavci pa so bili navedeni kot „delavci, napoteni v Avstrijo“. Delavci so navedli, da so z delom na gradbišču začeli 24. aprila 2023 ob 8.00 uri.

Q__ je inšpekcijskim organom povedal, da po njegovem mnenju zase ne potrebuje izjave o napotitvi, saj fizično ni delal na gradbišču, ampak je bil odgovoren le za preverjanje dela. V primeru g. Jurja je menil, da ne potrebuje izjave o napotitvi, ker je na gradbišču delal le dva dni in ne neprekinjeno.

Med inšpekcijskim pregledom so bili na voljo dokumenti v zvezi z registracijo socialne varnosti, delovne liste, evidence o delu in dokumenti v zvezi z uvrstitvijo plač, razen za g. Jurja in g. Liubimirescuja.

Med inšpekcijskim pregledom je bila g. Liubimirescuju kot kontaktni osebi v skladu s 23. členom LSD-BG izročena pisna zahteva za predložitev zahtevanih dokumentov. V tem dopisu je bil delodajalec pozvan, da do 27. aprila 2023 do polnoči uradu za boj proti goljufijam predloži naštete dokumente za g. Jurja in g. Liubimirescuja. Do tega roka ni bil predložen noben dokument.

II.2 Ugotovljeno dejansko stanje zadeve je razvidno iz upravnega akta zadevnega organa in izida javne obravnave. Pritožnik je na obravnavi trdil, da je zahtevane dokumente Uradu za preprečevanje goljufij res poslal po elektronski pošti. Pritožniku je bila zato dana možnost, da do 25. junija 2024 deželnemu upravnemu sodišču Zgornje Avstrije predloži tako dokazilo o pošiljanju kot tudi druge dokaze. Pritožnik ni predložil nobenih dokazov.

III. In rechtlicher Hinsicht ist Folgendes auszuführen:

III. S pravnega vidika je treba navesti naslednje:

III.1. Gemäß § 12 Abs. 1 Z 3 LSD-BG ist das Amt für Betrugsbekämpfung berechtigt, das Bereithalten der Unterlagen nach den §§ 21 und 22 zu überwachen sowie in Bezug auf Arbeitnehmer mit gewöhnlichem Arbeitsort außerhalb Österreichs, die nicht dem ASVG unterliegen, die zur Kontrolle des unter Beachtung der jeweiligen Einstufungskriterien zustehenden Entgelts (Lohnkontrolle) im Sinne des § 29 erforderlichen Erhebungen durchzuführen. Die Organe des Amtes für Betrugsbekämpfung sind berechtigt, in die zur Erhebung erforderlichen Unterlagen (§§ 21 und 22) Einsicht zu nehmen, Ablichtungen dieser Unterlagen anzufertigen und die Übermittlung dieser Unterlagen zu fordern, wobei die Unterlagen bis zum Ablauf des der Aufforderung zweitfolgenden Werktages abzusenden sind. Erfolgt bei innerhalb eines Arbeitstages wechselnden Arbeits(Einsatz)orten die Kontrolle nicht am ersten Arbeits(Einsatz)ort, sind die Unterlagen dem Amt für Betrugsbekämpfung nachweislich zu übermitteln, wobei die Unterlagen bis zum Ablauf des der Aufforderung zweitfolgenden Werktages abzusenden sind. Für die Übermittlung gebührt kein Ersatz der Aufwendungen.

III.1 Urad za boj proti goljufijam je v skladu s členom 12(1)(3) LSD-BG pooblaščen, da spremlja razpoložljivost dokumentov v skladu s členoma 21 in 22 ter pri zaposlenih, katerih običajno delovno mesto je zunaj Avstrije in za katere ne velja ASVG, izvaja raziskave, potrebne za preverjanje prejemkov, ki jim pripadajo v skladu z ustreznimi merili za razvrščanje (nadzor plač) v smislu člena 29. Organi Urada za boj proti goljufijam so pooblaščeni, da pregledajo dokumente, potrebne za raziskavo (21. in 22. člen), naredijo fotokopije teh dokumentov in zahtevajo posredovanje teh dokumentov, pri čemer morajo biti dokumenti poslani do konca drugega delovnega dne po zahtevi. Če se pregled ne opravi na prvem delovnem mestu (dodelitvi), če se delovno mesto (dodelitev) spremeni v enem delovnem

dnevu, je treba dokumente preverljivo poslati Uradu za boj proti goljufijam, pri čemer je treba dokumente poslati do konca drugega delovnega dne po zahtevi. Za pošiljanje ni treba povrniti stroškov.

Gemäß § 19 Abs. 1 LSD-BG haben Arbeitgeber und Überlasser mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat oder EWR- Staat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft die Beschäftigung von nach Österreich entsandten Arbeitnehmern und nach Österreich überlassenen Arbeitskräften zu melden. Die Meldung hat für jede Entsendung oder Überlassung gesondert zu erfolgen. Nachträgliche Änderungen bei den Angaben gemäß Abs. 3 oder Abs. 4 sind unverzüglich zu melden. Ein Beschäftigter, der einen Arbeitnehmer zu einer Arbeitsleistung nach Österreich entsendet, gilt in Bezug auf die Meldepflichten nach diesem Absatz und den Abs. 2 und 3 als Arbeitgeber.

Nach § 19 Abs. 2 LSD-BG ist die Entsendung oder Überlassung im Sinne des Abs. 1 vor der jeweiligen Arbeitsaufnahme der Zentralen Koordinationsstelle zu melden. Im Fall von mobilen Arbeitnehmern im Transportbereich ist die Meldung vor der Einreise in das Bundesgebiet zu erstatten. Die Meldung hat ausschließlich automationsunterstützt über die elektronischen Formulare des Bundesministeriums für Finanzen zu erfolgen. Arbeitgeber haben im Fall einer Entsendung der Ansprechperson nach § 23 oder, sofern nur ein Arbeitnehmer entsandt wird, diesem die Meldung in Abschrift auszuhändigen oder in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

V skladu s členom 19(1) LSD-BG morajo delodajalci in prenosniki s sedežem v državi članici EU ali EGP ali Švicarski konfederaciji prijaviti zaposlitev delavcev, napotenih v Avstrijo, in delavcev, premeščenih v Avstrijo. Prijavo je treba opraviti ločeno za vsako napotitev ali premestitev. Kasnejše spremembe podatkov v skladu z odstavkom 3 ali odstavkom 4 je treba takoj sporočiti. Delavec, ki napoti delavca na delo v Avstrijo, se glede obveznosti poročanja po tem odstavku ter odstavkih 2 in 3 šteje za delodajalca.

V skladu z 2. odstavkom 19. člena LSD-BG je treba napotitev ali dodelitev v smislu 1. odstavka sporočiti centralnemu koordinacijskemu centru pred začetkom zadevnega dela. V primeru mobilnih delavcev v prometnem sektorju je treba prijavo predložiti pred vstopom na zvezno ozemlje. Priglasitev je treba opraviti izključno avtomatizirano z uporabo elektronskih obrazcev zveznega ministrstva za finance. V primeru napotitve morajo delodajalci predložiti kopijo obvestila kontaktni osebi v skladu s 23. členom ali, če je napoten samo en delavec, ga dati na voljo v elektronski obliki.

Gemäß § 21 Abs. 1 LSD-BG haben Arbeitgeber mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat oder EWR-Staat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft folgende Unterlagen am Arbeits(Einsatz)ort im Inland während des Entsendezeitraums bereitzuhalten

oder diese dem Amt für Betrugsbekämpfung oder der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse unmittelbar vor Ort und im Zeitpunkt der Erhebung in elektronischer Form zugänglich zu machen:
1. Unterlagen über die Anmeldung des Arbeitnehmers zur Sozialversicherung (Sozialversicherungsdokument E 101 nach der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71, oder Sozialversicherungsdokument A 1 nach der Verordnung (EG) Nr. 883/04 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit), sofern für den entsandten Arbeitnehmer in Österreich keine Sozialversicherungspflicht besteht; kann der Arbeitgeber zum Zeitpunkt der Erhebung durch Nachweise in deutscher oder englischer Sprache belegen, dass ihm die Erwirkung der Ausstellung dieser Dokumente durch den zuständigen Sozialversicherungsträger vor der Entsendung nicht möglich war, sind gleichwertige Unterlagen in deutscher oder englischer Sprache (Antrag auf Ausstellung des Sozialversicherungsdokuments E 101 oder A 1 und Dokumente, aus denen sich ergibt, dass der Arbeitnehmer für die Dauer der Entsendung der ausländischen Sozialversicherung unterliegt) bereitzuhalten.
V skladu s členom 21(1) LSD-BG morajo delodajalci s sedežem v državi članici EU, državi EGP ali Švicarski konfederaciji v času napotitve na delo (napotitve) v Avstriji hraniti naslednje dokumente ali jih dati na voljo Uradu za boj proti goljufijam ali Skladu za dopust in odpravnino gradbenih delavcev neposredno na kraju samem in v elektronski obliki ob prevzemu:
1. dokumente o prijavi delavca v socialno zavarovanje (dokument socialnega zavarovanja E 101 v skladu z Uredbo (EGS) št. 1408/71 ali dokument socialnega zavarovanja A 1 v skladu z Uredbo (ES) št. 883/04 o koordinaciji sistemov socialne varnosti), če napoteni delavec ni obvezno socialno zavarovan v Avstriji; če lahko delodajalec v času raziskave v nemškem ali angleškem jeziku dokaže, da pred napotitvijo ni mogel pridobiti izdaje teh dokumentov pri pristojnem nosilcu socialnega zavarovanja, morajo biti na voljo enakovredni dokumenti v nemškem ali angleškem jeziku (vloga za izdajo dokumenta socialnega zavarovanja E 101 ali A 1 in dokumenti, ki dokazujejo, da je delavec za čas napotitve obvezno socialno zavarovan v tujini).

Gemäß § 22 Abs. 1 LSD-BG haben Arbeitgeber im Sinne der §§ 3 Abs. 2, 8 Abs. 1 oder 19 Abs. 1 während der Dauer der Beschäftigung (im Inland) oder des Zeitraums der Entsendung insgesamt oder des Rahmenzeitraums (§ 19) den

1. Arbeitsvertrag oder Dienstzettel im Sinne der Richtlinie 91/533 über die Pflicht des Arbeitgebers zur Unterrichtung des Arbeitnehmers über die für seinen Arbeitsvertrag oder sein Arbeitsverhältnis geltenden Bedingungen, ABl. Nr. L 288 vom 18.10.1991 S. 32,

2. Lohnzettel, Lohnzahlungsnachweise oder Banküberweisungsbelege, Lohnaufzeichnungen für die aufgrund konkreter Tätigkeiten oder des konkreten Einsatzes zustehenden Zulagen und Zuschläge,

3. Arbeitszeitaufzeichnungen und Unterlagen betreffend die Lohneinstufung, sofern sich die Einstufung nicht aus anderen Lohnunterlagen ergibt

zur Überprüfung des dem entsandten Arbeitnehmer für die Dauer der Beschäftigung nach den österreichischen Rechtsvorschriften gebührenden Entgelts in deutscher oder englischer Sprache am Arbeits(Einsatz)ort bereitzuhalten oder diese dem Amt für Betrugsbekämpfung oder der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse unmittelbar vor Ort und im Zeitpunkt der Erhebung in elektronischer Form zugänglich zu machen, auch wenn die Beschäftigung des einzelnen Arbeitnehmers in Österreich früher geendet hat. Bei innerhalb eines Arbeitstages wechselnden Arbeits(Einsatz)orten sind die Lohnunterlagen am ersten Arbeits(Einsatz)ort bereitzuhalten oder in elektronischer Form zugänglich zu machen. Ein Beschäftiger, der einen Arbeitnehmer zu einer Arbeitsleistung nach Österreich entsendet, gilt in Bezug auf die Verpflichtung nach dieser Bestimmung als Arbeitgeber. § 21 Abs. 2 findet sinngemäß Anwendung.
[…]

V skladu s členom 22(1) LSD-BG morajo delodajalci v smislu člena 3(2), člena 8(1) ali člena 19(1) za čas trajanja delovnega razmerja (v Avstriji) ali za celotno obdobje napotitve ali okvirno obdobje (člen 19) objaviti

1. pogodbo o zaposlitvi ali napotnico v smislu Direktive 91/533 o obveznosti delodajalca, da delavca obvesti o pogojih, ki veljajo za njegovo pogodbo o zaposlitvi ali delovno razmerje, UL L 288, 18.10.1991, str. 32,

2. plačilne liste, liste za izplačilo plače ali liste za bančno nakazilo, plačilne liste za nadomestila in dodatke, ki pripadajo na podlagi posebnih dejavnosti ali posebne naloge,

3. evidenco delovnega časa in dokumente v zvezi z uvrstitvijo v plačno skupino, razen če je uvrstitev mogoče razbrati iz drugih dokumentov o plačah

4. da so na voljo v nemškem ali angleškem jeziku na delovnem mestu (nalogi) za preverjanje plačila, ki pripada napotenemu delavcu za čas trajanja zaposlitve v skladu z avstrijsko zakonodajo, ali da so na voljo Uradu za boj proti goljufijam ali Skladu za dopust in odpravnino gradbenih delavcev neposredno na delovnem mestu in v elektronski obliki ob prevzemu, tudi če se je zaposlitev posameznega delavca v Avstriji končala prej. Če se kraj dela (napotitve) spremeni v enem delovnem dnevu, morajo biti plačilni listi na voljo na prvem kraju dela (napotitve) ali pa morajo biti na voljo v elektronski obliki. Delodajalec, ki napoti delavca na opravljanje dela v Avstrijo, se glede obveznosti iz te določbe šteje za delodajalca. § Člen 21(2) se uporablja smiselno.
[…]

Gemäß § 26 Abs. 1 LSD-BG begeht, wer als Arbeitgeber oder Überlasser im Sinne des § 19 Abs. 1

1. die Meldung oder die Meldung über nachträgliche Änderungen bei den Angaben (Änderungsmeldung) entgegen § 19 nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erstattet oder

2. in der Meldung oder Änderungsmeldung vorsätzlich unrichtige Angaben erstattet oder

3. die erforderlichen Unterlagen entgegen § 21 Abs. 1 oder Abs. 2 nicht bereithält oder den Abgabebehörden oder der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse vor Ort nicht unmittelbar in elektronischer Form zugänglich macht,

unabhängig von der Anzahl der von der Verwaltungsübertretung betroffenen Arbeitnehmer eine einzige Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit Geldstrafe bis zu 20 000 Euro zu bestrafen.

Gemäß § 27 Abs. 1 LSD-BG begeht, wer als Arbeitgeber, Überlasser oder Beschäftiger die erforderlichen Unterlagen entgegen § 12 Abs. 1 Z 3 nicht übermittelt, unabhängig von der Anzahl der von der Verwaltungsübertretung betroffenen Arbeitnehmer eine einzige Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit Geldstrafe bis zu 40 000 Euro zu bestrafen. Ebenso ist zu bestrafen, wer entgegen den §§ 14 Abs. 2 oder 15 Abs. 2 die Unterlagen nicht übermittelt.

Gemäß § 28 LSD-BG begeht unabhängig von der Anzahl der von der Verwaltungsübertretung betroffenen Arbeitnehmer eine einzige Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit Geldstrafe bis zu 20 000 Euro, im Wiederholungsfall bis zu 40 000 Euro, zu bestrafen, wer als

1. Arbeitgeber entgegen § 22 Abs. 1, Abs. 1a oder 1b die Lohnunterlagen nicht bereithält, oder
2. Überlasser im Falle einer grenzüberschreitenden Arbeitskräfteüberlassung nach Österreich entgegen § 22 Abs. 2 die Lohnunterlagen dem Beschäftiger nicht nachweislich bereitstellt, oder
3. Beschäftiger im Falle einer grenzüberschreitenden Arbeitskräfteüberlassung entgegen § 22 Abs. 2 die Lohnunterlagen nicht bereithält oder
4. Arbeitgeber oder Überlasser entgegen § 12 Abs. 1 Z 4 die Lohnunterlagen nicht übermittelt.

V skladu s prvim odstavkom 26. člena LSD-BG je vsak delodajalec ali prenosnik v smislu prvega odstavka 19. člena, ki

1. v nasprotju z 19. členom ne predloži prijave ali obvestila o naknadnih spremembah podatkov (prijava sprememb) ali ga ne predloži pravočasno ali v celoti, ali
2. v obvestilu ali obvestilu o spremembah namerno navede napačne informacije, ali
3. v nasprotju s prvim ali drugim odstavkom 21. člena ne hrani zahtevanih dokumentov ali jih v elektronski obliki ne da neposredno na voljo organom za obračunavanje dajatev ali Skladu za dopust in odpravnine gradbenih delavcev na kraju samem,

je enkraten upravni prekršek ne glede na število zaposlenih, na katere se nanaša upravni prekršek, in ga okrajni upravni organ kaznuje z globo do 20.000 EUR.

V skladu s prvim odstavkom 27. člena LSD-BG delodajalec, prenosnik ali predelovalec, ki v nasprotju s tretjim odstavkom 12. člena ne predloži zahtevanih dokumentov, ne glede na število zaposlenih, na katere vpliva upravni prekršek, stori enkratni upravni prekršek in se kaznuje z globo do 40.000 EUR, ki jo izreče okrožni upravni organ. Kaznuje se tudi, kdor v nasprotju z drugim odstavkom 14. člena ali drugim odstavkom 15. člena ne predloži dokumentov.

V skladu s členom 28 LSD-BG je ne glede na število zaposlenih, na katere se nanaša upravni prekršek, storjen en sam upravni prekršek in okrajni upravni organ z globo do 20.000 EUR oziroma do 40.000 EUR v primeru ponovitve prekrška kaznuje tistega, ki kot

1. delodajalec, ki v nasprotju s prvim odstavkom 22. člena, odstavkom 1a ali odstavkom 1b ne vodi evidence plač, ali

2. v primeru čezmejne dobave delovne sile v Avstrijo delodajalcu v nasprotju z 2. odstavkom 22. člena ne zagotovi plačilne dokumentacije, ali

3. v primeru čezmejne dobave delovne sile delodajalcu v nasprotju s členom 22(2) ne hrani plačilnih listin, ali

4. delodajalec ali prenosnik v nasprotju s 4. točko prvega odstavka 12. člena ne zagotovi plačilnih listin.

III.2. Verfahrensgegenständlich konnten im Zuge der Kontrolle am 25.04.2023 nicht die geforderten Unterlagen vorgelegt werden.

Die Bestimmungen des LSD-BG dienen allgemein der Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping. Schutzzwecke sind insbesondere die Sicherung gleicher Arbeitsmarkt- und Lohnbedingungen und die Gewährleistung des sozialversicherungsrechtlichen Schutzes für bestehende Arbeitsverhältnisse und für Arbeitnehmer. Für in Österreich tätige Arbeitnehmer soll unter fairen Konkurrenzbedingungen im Wirtschaftsleben sozialer Schutz, insbesondere durch die sozialversicherungsrechtliche Meldung und behördliche Genehmigung ihrer Beschäftigung, gewährleistet werden. Eine Kontrolle, ob diese gesetzlich verfolgten Interessen im Rahmen einer konkreten Beschäftigung berücksichtigt wurden, kann nur durch die Erstattung der Meldungen und das Bereithalten der in den gesetzlichen Bestimmungen angeführten Unterlagen bzw. die zeitnahe nachträgliche Übermittlung entsprechender Unterlagen bewerkstelligt werden.

Der Bf ist sohin in objektiver Hinsicht seiner Verpflichtung als Arbeitgeber, die in den gesetzlichen Bestimmungen angeführten Unterlagen bereit zu halten bzw. innerhalb einer Frist zu übermitteln nicht nachgekommen. Dem Bf ist daher die angelastete Verwaltungsübertretung in objektiver Hinsicht vorwerfbar.

III.2 Med inšpekcijskim pregledom 25. aprila 2023 ni bilo mogoče predložiti zahtevanih dokumentov.

Določbe LSD-BG so na splošno namenjene boju proti plačnemu in socialnemu dampingu. Zaščitni nameni so zlasti zagotavljanje enakih pogojev na trgu dela in plač ter zagotavljanje socialne varnosti za obstoječa delovna razmerja in delavce. Delavcem, ki delajo v Avstriji pod poštenimi konkurenčnimi pogoji v gospodarskem življenju, je treba zagotoviti socialno varstvo, zlasti z registracijo v socialnem zavarovanju in uradnim dovoljenjem za njihovo zaposlitev. Ali so bili ti zakonsko določeni interesi upoštevani v okviru določene zaposlitve, je mogoče preveriti le tako, da se predložijo obvestila in hranijo dokumenti, določeni v zakonskih določbah, ali da se ustrezni dokumenti nemudoma predložijo naknadno.

Z objektivnega vidika pritožnik torej ni izpolnil svoje obveznosti delodajalca, da ima na voljo dokumente, določene v zakonskih določbah, ali da jih predloži v določenem roku. Pritožniku je zato mogoče objektivno očitati očitani upravni prekr

III.3. Gemäß § 5 Abs. 1 VStG genügt, wenn eine Verwaltungsvorschrift über das Verschulden nichts anderes bestimmt, zur Strafbarkeit fahrlässiges Verhalten. Fahrlässigkeit ist bei Zuwiderhandeln gegen ein Verbot oder bei Nichtbefolgung eines Gebotes dann ohne weiteres anzunehmen, wenn zum Tatbestand einer Verwaltungsübertretung der Eintritt eines Schadens oder einer Gefahr nicht gehört und der Täter nicht glaubhaft macht, dass ihn an der Verletzung der Verwaltungsvorschrift kein Verschulden trifft.

Auch die gegenständliche Verwaltungsübertretung stellt ein Ungehorsamsdelikt dar. Es genügt daher fahrlässige Tatbegehung. Nach der Judikatur des Verwaltungsgerichtshofs hat der Bf initiativ alles darzulegen, was für seine Entlastung spricht. Dies hat in erster Linie durch ein geeignetes Tatsachenvorbringen und durch Beibringen von Beweismitteln oder die Stellung konkreter Beweisanträge zu geschehen. Bloßes Leugnen oder allgemein gehaltene Behauptungen reichen für die „Glaubhaftmachung“ nicht.

Das Verfahren hat keine Umstände hervorgebracht, welche den Beschwerdeführer entlasten und somit sein Verschulden ausschließen hätten können, sodass gemäß § 5 Abs. 1 VStG zumindest von fahrlässigem Verhalten auszugehen ist. Es ist damit auch die subjektive Tatseite der vorgeworfenen Übertretung als erfüllt zu bewerten.

III.3 V skladu s členom 5(1) VStG za kazensko odgovornost zadostuje malomarno ravnanje, razen če upravna določba o krivdi določa drugače. Malomarnost se v primeru kršitve prepovedi ali neupoštevanja zahteve domneva brez nadaljnjega, če kaznivo dejanje upravnega prekrška ne vključuje nastanka škode ali nevarnosti in storilec verodostojno ne dokaže, da ni kriv za kršitev upravnega predpisa.

Obravnavani upravni prekršek pomeni tudi prekršek neposlušnosti. Zato zadošča malomarnost pri storitvi prekrška. V skladu s sodno prakso upravnega sodišča

mora pritožnik prevzeti pobudo in predložiti vse, kar govori v prid njegovi oprostitvi. To je treba storiti predvsem z navedbo ustreznih dejstev in predložitvijo dokazov ali z vložitvijo posebnih dokaznih predlogov. Zgolj zanikanje ali posplošene trditve ne zadostujejo za dokazovanje „verodostojnosti“.

V postopku niso bile razkrite nobene okoliščine, ki bi lahko tožnika oprostile in tako izključile njegovo krivdo, zato je treba v skladu s prvim odstavkom 5. člena VStG domnevati vsaj malomarno ravnanje. Zato je treba šteti, da so bili izpolnjeni tudi subjektivni elementi kaznivega dejanj

III.4. Gemäß § 19 Abs. 1 VStG sind Grundlage für die Bemessung der Strafe die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität seiner Beeinträchtigung durch die Tat.

Nach § 19 Abs. 2 VStG sind im ordentlichen Verfahren überdies die nach dem Zweck der Strafdrohung in Betracht kommenden Erschwerungs- und Milderungsgründe, soweit sie nicht schon die Strafdrohung bestimmen, gegeneinander abzuwägen. Auf das Ausmaß des Verschuldens ist besonders Bedacht zu nehmen. Unter Berücksichtigung der Eigenart des Verwaltungsstrafrechts sind die Bestimmungen der §§ 32 bis 35 des Strafgesetzbuches sinngemäß anzuwenden. Die Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Beschuldigten sind bei der Bemessung von Geldstrafen zu berücksichtigen.

Laut ständiger Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes handelt es sich bei der Strafzumessung innerhalb eines gesetzlichen Strafrahmens um eine Ermessensentscheidung, die nach den Kriterien des § 19 VStG vorzunehmen ist. Die maßgebenden Umstände und Erwägungen für diese Ermessensabwägung sind in der Begründung des Bescheides so weit aufzuzeigen, als dies für die Rechtsverfolgung durch die Parteien des Verwaltungsstrafverfahrens und für die Nachprüfbarkeit des Ermessensaktes erforderlich ist. § 19 Abs. 1 VStG enthält somit jene objektiven Kriterien, die Grundlage für jede Strafbemessung sind. Darüber hinaus normiert Abs. 2 für das ordentliche Verfahren eine Reihe weiterer subjektiver Umstände.

Unter Berücksichtigung der Strafmilderungs- und -erschwerungsgründe sowie des dem Beschwerdeführer zur Last gelegten Verschuldens war die von der belangten Behörde verhängte Strafe zu bestätigen, diese war – unter Berücksichtigung, dass seit Dezember 2020 sieben rechtskräftig verhängte Strafen gemäß LSD-BG vorliegen - milde bemessen. Das Ausmaß der verhängten Strafe war auch aus generalpräventiven Gründen unabdingbar.

Es war somit spruchgemäß zu entscheiden.

III.4 V skladu s členom 19(1) VStG je podlaga za odmero kazni pomen kazensko varovanega pravnega interesa in intenzivnost njegovega prizadetja zaradi kaznivega dejanja.

V skladu z drugim odstavkom 19. člena VStG je treba v rednem postopku med seboj pretehtati tudi olajševalne in oteževalne razloge, ki pridejo v poštev glede na namen kazenske nevarnosti, če ne določajo že kazenske nevarnosti. Posebno pozornost je treba nameniti stopnji krivde. Določbe 32. do 35. člena Kazenskega zakonika se uporabljajo smiselno, pri čemer se upošteva posebna narava upravnega kazenskega prava. Pri odmeri globe je treba upoštevati dohodke, premoženje in družinske razmere obdolženca.

V skladu z ustaljeno sodno prakso upravnega sodišča je odmera kazni v okviru zakonsko določenih kazni diskrecijska odločitev, ki jo je treba sprejeti v skladu z merili iz člena 19 VStG. Relevantne okoliščine in premisleki za to diskrecijsko presojo morajo biti navedeni v obrazložitvi odločbe, kolikor je to potrebno za pravni pregon strank v upravnokazenskem postopku in za možnost revizije diskrecijskega akta. § Člen 19(1) VStG tako vsebuje objektivna merila, ki so podlaga za vsako oceno kazni. Poleg tega odstavek 2 standardizira vrsto dodatnih subjektivnih okoliščin za redni postopek.

Ob upoštevanju razlogov za omilitev in poostritev kazni ter pritožnikove krivde je bilo treba potrditi kazen, ki jo je izrekel prekrškovni organ in je bila - ob upoštevanju, da je bilo od decembra 2020 na podlagi zakona LSD izrečenih sedem pravnomočnih kazni - milejša. Obseg izrečene kazni je bil bistven tudi iz razlogov splošne prevencije.

Zato je bilo odločeno v skladu s sodbo.

Translated with DeepL.com (free version)

III.5. Der Ausspruch betreffend die Ersatzfreiheitsstrafen war entsprechend der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes in Auslegung in der rechtssache C-634/18 ua. Maksimovic ua (Rn 47) aufzuheben, da die Verhängung von Ersatzfreiheitsstrafen nicht in Betracht kommt.

III.5 V skladu s sodno prakso upravnega sodišča v zadevi Maksimović in drugi (C-634/18 in drugi, točka 47) je bilo treba odločbo o nadomestnih zapornih kaznih razveljaviti, saj izrekanje nadomestnih zapornih kazni ne pride v poštev.

IV. Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:

Die ordentliche Revision ist unzulässig, da keine Rechtsfrage im Sinne des Art. 133 Abs. 4 B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt. Weder weicht die gegenständliche Entscheidung von der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes ab, noch fehlt es an einer solchen. Weiters ist die dazu vorliegende Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes auch nicht als uneinheitlich zu beurteilen. Ebenfalls liegen keine sonstigen Hinweise auf eine grundsätzliche Bedeutung der zu lösenden Rechtsfrage vor.

Redna pritožba je nedopustna, ker ni bilo treba presojati nobenega pravnega vprašanja v smislu četrtega odstavka 133. člena B-VG, ki bi bilo bistvenega pomena. Zadevna odločitev ne odstopa od dosedanje sodne prakse upravnega sodišča niti je ne manjka. Poleg tega dosedanje sodne prakse Upravnega sodišča ni mogoče šteti za neskladno. Prav tako ni drugih znakov, da je pravno vprašanje, ki ga je treba rešiti, temeljnega pomena.

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

i n f o r m a c i j e o p r a v n i h s r e d s t v i h

Gegen diese Entscheidung besteht innerhalb von sechs Wochen ab dem Tag der Zustellung die Möglichkeit der Erhebung einer Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof und/oder einer außerordentlichen Revision beim Verwaltungsgerichtshof. Eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist unmittelbar bei diesem einzubringen, eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof beim Landesverwaltungsgericht Oberösterreich. Die Abfassung und die Einbringung einer Beschwerde bzw. einer Revision müssen durch einen bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw. eine bevollmächtigte Rechtsanwältin erfolgen. Für die Beschwerde bzw. Revision ist eine Eingabengebühr von je 240 Euro zu entrichten, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Sie haben die Möglichkeit, auf die Revision beim Verwaltungsgerichtshof und die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof zu verzichten. Ein solcher Verzicht hat zur Folge, dass eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof und eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof nicht mehr erhoben werden kann. Ein Verzicht ist schriftlich bekanntzugeben oder zu Protokoll zu erklären. Wurde der Verzicht nicht von einem berufsmäßigen Parteienvertreter oder im Beisein eines solchen abgegeben, so kann er binnen drei Tagen schriftlich oder zur Niederschrift widerrufen werden.

Gegen diese Entscheidung besteht innerhalb von sechs Wochen ab dem Tag der Zustellung die Möglichkeit der Erhebung einer Beschwerde beim

Verfassungsgerichtshof und/oder einer außerordentlichen Revision beim Verwaltungsgerichtshof. Eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist unmittelbar bei diesem einzubringen, eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof beim Landesverwaltungsgericht Oberösterreich. Die Abfassung und die Einbringung einer Beschwerde bzw. einer Revision müssen durch einen bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw. eine bevollmächtigte Rechtsanwältin erfolgen. Für die Beschwerde bzw. Revision ist eine Eingabengebühr von je 240 Euro zu entrichten, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Sie haben die Möglichkeit, auf die Revision beim Verwaltungsgerichtshof und die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof zu verzichten. Ein solcher Verzicht hat zur Folge, dass eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof und eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof nicht mehr erhoben werden kann. Ein Verzicht ist schriftlich bekanntzugeben oder zu Protokoll zu erklären. Wurde der Verzicht nicht von einem berufsmäßigen Parteienvertreter oder im Beisein eines solchen abgegeben, so kann er binnen drei Tagen schriftlich oder zur Niederschrift widerrufen werden.

H i n w e i s

O p o m b a

Verfahrenshilfe ist einer Partei zur Gänze oder zum Teil zu bewilligen, wenn die Partei außerstande ist, die Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint.
Einer juristischen Person oder einem sonstigen parteifähigen Gebilde ist die Verfahrenshilfe zu bewilligen, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder von ihr/ihm noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können, und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint; das Gleiche gilt für ein behördlich bestelltes Organ oder einen gesetzlichen Vertreter, die für eine Vermögensmasse auftreten, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder aus der Vermögensmasse noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können.

Für das Beschwerdeverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verfassungsgerichtshof einzubringen.

Für das Revisionsverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verwaltungsgerichtshof einzubringen. Im Antrag ist, soweit

zumutbar, kurz zu begründen, warum die Revision entgegen dem Ausspruch des Verwaltungsgerichtes für zulässig erachtet wird.
Pravna pomoč se stranki v celoti ali delno odobri, če stranka ne more kriti stroškov vodenja postopka, ne da bi pri tem ogrozila potrebno preživljanje, in če se nameravano pravno dejanje ali pravna obramba ne zdita očitno brezobzirna ali jalova.
Pravna pomoč se odobri pravni osebi ali drugemu subjektu, ki je lahko stranka v postopku, če sredstev, potrebnih za vodenje postopka, ne more zbrati niti pravna oseba niti stranke, ki so ekonomsko udeležene pri vodenju postopka, in se nameravano pravno dejanje ali pravna obramba ne zdi očitno samovoljna ali neuspešna; enako velja za uradno imenovani organ ali zakonitega zastopnika, ki deluje v imenu zapuščine, če sredstev, potrebnih za vodenje postopka, ne more zbrati niti zapuščina niti stranke, ki so ekonomsko udeležene pri vodenju postopka.

Za pritožbene postopke je treba prošnjo za pravno pomoč vložiti pri ustavnem sodišču v pritožbenem roku.

Za pritožbeni postopek je treba prošnjo za pravno pomoč vložiti pri upravnem sodišču v pritožbenem roku. V prošnji je treba, če je to smiselno, na kratko navesti razloge, zakaj se šteje, da je pritožba v nasprotju s sodbo Upravnega sodišča dopustna.

Landesverwaltungsgericht Oberösterreich

Mag. Lederer